

European University Center for Peace Studies (EPU)

M.A.Thesis

Ethnozentrismus als Katalysator bestehender Konflikte in Afrika
südlich der Sahara, am Beispiel der Unruhen in Côte d'Ivoire

eingereicht von Mamadou Adama Sow (Guinea)

1. Supervisor: Mag. Dr. Ronald H. Tuschl

2. Supervisor: Dr. Dietrich Fischer

Bochum, 20.12.2005

Inhaltsverzeichnis

Einleitung:	S. 3
Methodisches Vorgehen:	S. 4
Gründe für die Defizite Afrikas:	S. 5
Innere Probleme Afrikanischer Staaten südlich der Sahara	S.8
Ethnozentrismus in Afrika südlich der Sahara:	S.15
Der Unterschied zwischen „reinen“ Ethnozentristischen Konflikten und Konflikten zwischen „verschiedenen Kulturen“	S.20
Wer kann vom Ethnozentrismus profitieren?	S. 24
Ein Lösungsvorschlag:	S.31
Ein Et und seine Folgen – Analyse der Situation in der Elfenbeinküste und Entwicklung eines Weges aus der Krise	S. 35
Gründe für die Eskalation der Lage	S.42
Lösungsvorschlag - Fallbeispiel	S. 48
Fazit:	S. 51
Anhang: Literatur – und Quellenverzeichnis	

Einleitung:

Wenn man heute über neue Konflikte redet, dann meint man in der Regel Bürgerkriege und innerstaatliche Konflikte. Der klassische Krieg zwischen zwei verfeindeten Nationen gehört nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehr und mehr der Vergangenheit an. Neue Typen des Krieges und neue Probleme haben nun die Weltgemeinschaft im Griff. Die UNO musste in den 90iger Jahren nun mit Konflikten sich beschäftigen die in die Raster der Kalten Krieges nicht mehr passten. Nach dem Völkermord in Ruanda wurde die Methode der humanitären Intervention geschaffen. Auch wenn diese Methode kontrovers diskutiert wird. Durch einen „neuen Interventionismus“ zu Beginn der 90iger Jahre wurde die Debatte um humanitäre Interventionen wieder angestoßen.¹ Das Prinzip das Staaten souverän sind und dass das Innere eines Staates frei von jeglichen Tabus ist, wurde in den 90iger Jahren mehr und mehr zurückgewiesen. Produkt dieses Wertewandels auf internationaler Ebene war die veränderte Rechtslage welche sich in den 90igern des 20. Jahrhunderts dazu führte, dass der Sicherheitsrat nun humanitäre Katastrophen als Friedensbedrohend sehen kann.² Innere Konflikte in Staaten können nun als Bedrohung und Katalysator für Konflikte in den Nachbarstaaten des betroffenen Landes gewertet werden. So muss man dieses Dilemma durch eine Intervention verhindern. Die Interpretation was eine humanitäre Intervention rechtfertigt, bleibt aber dem UN Sicherheitsrat überlassen.³ Daraus entwickelte sich dann auch während des Kosovo Krieges der Konflikt innerhalb der UNO, ob eine humanitäre Intervention gerechtfertigt sei. So begann die NATO Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mit der Begründung einen Völkermord gegen die Albaner zu verhindern. Jedoch war diese Intervention ohne Mandat der UNO gewesen und damit Völkerrechtswidrig.⁵ An diesem Beispiel zeigt sich aber, wie der Ethnozentrismus der Serben und der Albaner im Kosovo dazu führen kann, dass Konflikte eskalieren. So hatte die Ungelöste Albanische Frage nach 1995 und dem Abkommen von Dayton die Probleme im

1 Zangel; Bernhard: Humanitäre Intervention, in: Ferdowsi Mir A. (Hrsg.): Internationale Politik im 21. Jahrhundert, München 2002 S. 105-122

2 Ebd. S.113

3 Lailach, Martin: Die Wahrnehmung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit als Aufgabe des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, Berlin 1998

4 Zangel, Bernhard/ Zürn, Michael: Frieden und Krieg, Frankfurt am Main 2003

5 Hummer, Waldemar: Balkan Konflikt in: Woyke, Wichert (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, Bonn 2002

ehemaligen Jugoslawien bestimmen sollte. So forderten Albanische Extremisten dass alle Albanischen Siedlungsgebiete zusammen zu einem Albanischen Staat vereinigt sein sollten. Im Kosovo der zu 90% von Albanern besiedelt wurde, hatten die Albaner seit 1989/1990 die Autonomie ihrer Provinz vom serbischen Parlament stark verloren und so stimmten sie in einem Referendum 1991 für die Unabhängigkeit des Kosovo. Diese Bewegung wurde vom serbischen Staat als Gefahr gesehen. Nachdem Dayton die Polarisierung der Bewegung im Kosovo vorantrieb und die Armee und Polizei seit 1997 massiv gegen die 1996 gegründete UCK vorging eskalierte es 1998 zu einem Krieg.⁶ Als Resultat kam es dann zum Kosovo Krieg. So wurde ein Konflikt durch die „hard power“ „gelöst“. Jedoch kam es danach schon wieder zu neuen Konflikten, als deren Resultat Tausende Serben die Kosovo verlassen mussten.

Der Konflikt im Kosovo ist nicht der erste Konflikt gewesen. Auch wenn hier dank der vielen Untersuchungen wie z.B. Stefan Lipsius, oder der Sammelband von Jens Reuter und Konrad Clewing, eine Menge an Auswertbaren Material geben um an den Ereignissen vieles darzustellen, was auch für andere Regionen und Konflikte gilt.

Methodisches Vorgehen:

Ziel der vorliegenden Arbeit soll es sein, eine Analyse und einen friedlichen Lösungsvorschlag für innerstaatliche Probleme in afrikanischen Staaten zu entwerfen. Viele Konflikte auf der Welt spielen sich im südlichen Afrika ab. So schreibt die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul: *„Nahezu alle afrikanischen Staaten können - wie übrigens die Mehrzahl der Entwicklungs- und Transformationsländer - als schwache Staaten bezeichnet werden. Die durch die Kolonialmächte willkürlich festgelegten Grenzen und die dadurch entstandenen künstlichen Staatsgebilde erschweren immer noch eine friedliche Entwicklung und die Ausbildung kollektiver Identitäten als Grundlage einer Nation. Der Prozess der Staatsbildung ("nation building") und Demokratisierung ist noch jung und nicht abgeschlossen, so dass interne Konflikte immer wieder auch gewaltsam ausgetragen werden.“*⁷ Dabei sind die Gründe vielfältig. Neben dem Problem der sogenannten

6 Calic, Marie-Janine: Südosteuropa – Vom Sukzessionskrieg zur Stabilität, in: Internationale Politik im 21. Jahrhundert S. 403-416

7 Heidemarie Wieczorek-Zeul, Die afrikanische Herausforderung
Eckpunkte einer strategischen Afrikapolitik in: E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit (Nr. 5, Mai 2001, S. 158 – 164)

„failed states“ gibt es neben den tribalistischen Strukturen noch andere Konfliktfaktoren. Einer davon ist unter anderem das Wasser. Ein groß angelegtes US-amerikanisches Forschungsprojekt über „Basins at Risk“, das alle internationalen Flussgebiete untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis, dass es gegenwärtig 21 Flüsse gibt, an denen es in den nächsten fünf bis zehn Jahren zu gewaltsamen Eskalationen kommen könnte. Unter den 21 kritischen Fällen, die das „Basins at Risk“-Projekt identifiziert, finden sich allein sieben im sub-saharischen Afrika, nämlich die Flüsse Incomati, Kunene, Limpopo, Okavango, Orange und Sambesi sowie der Tschad-See. Das bedeutet, dass etwa die Hälfte der internationalen Gewässer im südlichen Afrika als kritische Fälle gelten.⁸ In einer Mehrzahl von Fällen sind die Konflikte in Afrika innerstaatliche Konflikte. Im Jahr 1996/97 waren es laut J. Endres und J. P. Franke 10 bewaffnete Konflikte in ganz Afrika.⁹ Insgesamt sind laut SPIEGEL die Zahl der Kriege im Jahr 2003 mit 40 kriegerischen Konflikten auf dem niedrigsten Stand seit 1964. Derzeit sind die Kämpfe fast ausschließlich innerstaatliche Anti-Regime- oder Sezessionskriege. Nur der US-Feldzug gegen den Irak wird noch zum klassischen Typus des Staatenkrieges gerechnet.¹⁰ In der ersten Hälfte der 90iger wurden weltweit 97 bewaffnete Konflikte geführt, davon 32 alleine in Afrika südlich der Sahara.¹¹ Man kann ferner seit dem Ende des Kalten Krieges feststellen, dass die Konflikte sich mehr und mehr in Form von Bürgerkriegen entladen haben und weniger als klassische Kriege, womit auch die klassischen Methoden der Friedenssicherung nicht mehr greifen. Somit stellt sich nun die Frage: Wieso scheint Afrika südlich der Sahara besonders anfällig für gewaltsame Konflikte zu sein? Was kann man daraus lernen und welche Lösungen können entwickelt werden?

Gründe für die Defizite Afrikas:

-
- <http://www.inwent.org/E+Z/1997-2002/ez501-9.htm> 12.09.05
- 8 Der Wasser-Fall, Umwelt, natürliche Ressourcen und Gewaltkonflikte in: ak - analyse + kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 490 / 17.12.2004
http://www.akweb.de/ak_s/ak490/14.htm 12.09.05
- 9 Endres, Jürgen/ Franke Jens Peter: Das Kriegsgeschehen 1996/97 in: Afrikanische Perspektiven, Friedensbericht 1998 Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa, (hsg.) Österreichisches Zentrum für Frieden und Konfliktlösung, Stadtschleining und Schweizer Friedensstiftung, Chur/Zürich 1998 S.79-106
- 10 SPIEGEL ONLINE: JAHRBUCH-DOSSIER Militär, Kriege und Konflikte
<http://www.spiegel.de/dossiers/jahrbuch/0,1518,285879,00.html> 12.09.05
- 11 Smieg, Eva: Krisenprävention durch Entwicklungszusammenarbeit? Instrumente der deutschen Entwicklungspolitik und der Bedeutung einer strengeren Rüstungsexportpolitik, in: Engel, Ulf & Mehler Andreas (Hrsg.): Gewaltsame Konflikte und ihre Prävention in Afrika, Hamburg 1998, S.61-76

Wo liegen die Defizite des südlichen Afrikas im Vergleich mit anderen ehemals instabilen Regionen wie z.B. Europa, das bis 1945 ein großer Krisenherd war und das der Ursprung von zwei Weltkriegen war, auch wenn viele Historiker mittlerweile der Ansicht sind, dass der Siebenjährige Krieg (1756-1763) oder der 30-jährige Krieg (1618-1648) der eigentliche Erste Weltkrieg gewesen seien. Dieser betraf die wichtigen Großmächte und wurde zudem auch außerhalb Europas ausgetragen. So bezeichnete auch z.B. Sir Peter Torry, britischer Botschafter in Deutschland, in einem Festvortrag zur Deutschen Einheit am 3.10.2004, den Siebenjährigen Krieg auch als den eigentlichen Ersten Weltkrieg.¹² Allerdings entstand der Begriff *Weltkrieg* erst im Zeitraum von 1914-1919 als Folge der großen Anzahl von Beteiligten, aber auch der neuen Dimensionen der Kriegsführung, sodass der Name erst fortan verwendet wurde. Für den Westen stellt sich die Frage, wie dieser mit dem südlichen Afrika umgehen sollte, dessen Probleme und Konflikte für diesen oftmals gar nicht vorhanden sind. So wurde lange über den Irakkrieg berichtet aber im Vergleich dazu recht wenig über die Krise in Dafur. Afrika ist für die Medien und die Bevölkerung im Westen in der Regel uninteressant und so sehen sich die politisch Handelnden nicht zum Handeln veranlasst. Die Probleme Afrikas müssten in Afrika gelöst werden, hatte Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) am 1.12.2004 im Innenausschuss des deutschen Bundestages festgestellt. Er ging damit auf Fragen der Union und auch der Bündnisgrünen ein, wonach stets auch bei den Stellungnahmen der EU auf Presseberichte über Auffanglager und Ähnliches Bezug genommen werde.¹³ In Europa und in den USA ist man der Auffassung, dass man schon vor Ort etwas tun muss, um unter anderem „*failed states*“ zu verhindern. Die ökonomische Lage ist oft mit der politischen Lage verknüpft. Die ärmsten Staaten Afrikas befinden sich im Bürgerkrieg oder stehen kurz vor einem solchen. Dieses trifft vor allem auf die Demokratische Republik Kongo, Sierra Leone, Burundi und Somalia zu. In jüngster Zeit war das Horn von Afrika die ärmste Region, obgleich es historisch gesehen zu den reichsten Regionen der afrikanischen Sahara gehörte; insbesondere Äthiopien hat eine lange und erfolgreiche Geschichte aufzuweisen. Die derzeitige Armut dieser Region, und die damit zusammenhängenden Hungersnöte und Kriege, sind seit Jahrzehnten ein Problem.

12 Torry, Sir Peter: »Großbritannien und die Bundesrepublik heute«. Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2004
http://www.ofg.uos.de/ofg_2004/PeterTorry20041003.pdf
12.09.05

13 Schily, Otto: Wir müssen die Probleme Afrikas in Afrika lösen
http://www.bundestag.de/bic/hib/2004/2004_297/03.html 12.09.05

<i>Demokratische Republik Kongo</i>	<i>Sierra Leone</i>	<i>Burundi</i>	<i>Somalia</i>	<i>Ländernamen</i>
100	600 (?)	87	600 (?)	BIP/Einwohner US-\$ ¹⁴

Das Problem bei vielen afrikanischen Staaten ist, dass diese ökonomisch nicht stabil sind und mit den fehlenden ökonomischen Anreizen man versuchen muss, Ressourcen zu gewinnen, um mit diesen seine Klientel zu befriedigen. Oft stützen sich die Herrscher vieler Afrikanischer Staaten auf jenen Stamm, aus dem sie selbst kommen und protegieren diesen auf Kosten der „Allgemeinheit“. Dies führt bei jenen Stämmen, die sich dadurch benachteiligt fühlen, zu neuen Spannungen und zu einer Gefahr für den Staat. In den zur Zeit diskutierten Reformkonzepten für Afrika, wie beispielsweise jener vom britischen Finanzminister Brown ersonnene „Marschallplan für Afrika“ oder der von Großbritannien angeregte Entschuldungsinitiative der G7 greift für die zentralafrikanische Region jedoch zu kurz. An sich sei dies laut Bongo, der seit 38 Jahren Präsident des Gabuns ist, zwar eine gute Idee, „doch diese Initiative, die vom britischen Premierminister ausging, gefällt uns Afrikanern im zentralen Teil des Kontinents nicht, überhaupt nicht“. Denn Blair spreche von „ganz Afrika“, daher vom sub-saharischen Afrika, jedoch komme das zentrale Afrika nicht vor.¹⁵

Auch kann man das Fehlen einer supranationalen Organisation, ähnlich wie beispielsweise die EU in Europa, dafür verantwortlich machen, dass viele Konflikte zwischen den Staaten nicht friedlich und durch Institutionen gelöst werden. Vielmehr

14 CIA Worldfaktbook <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/index.html> 12.09.05

15 Deutsche Welle: Afrika braucht mehr Investitionen: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1619317,00.html>
12.09.05

erhofft man sich stattdessen, durch die Unterstützung von Rebellen oder ethnischen Gruppierungen eine dem Nachbarn feindlich gesonnene, aber sich selbst genehme Gruppierung schaffen zu können.

Innere Probleme Afrikanischer Staaten südlich der Sahara:

Mit Staaten südlich der Sahara werden in der Regel die Staaten Afrikas gemeint, die nicht dem arabisch-islamischen Kulturkreis angehören.

Viele Staaten südlich der Sahara sind laut „Freedom House“ nicht als demokratisch einzuschätzen.¹⁶ Laut dem „Freedom House Index“, der von 1 (keine Menschenrechtsverletzungen) bis 7 (schwerste Menschenrechtsverletzungen) skaliert wird, stellt man für **ganz Afrika** fest, dass sich der Schutz der Menschenrechte sowohl qualitativ als auch quantitativ zwischen 1988 und 2003 deutlich verbessert hat. So stieg die Zahl der Länder in der Kategorie „politische Rechte“, die besser als 6 waren, von 13 aus dem Untersuchungsjahr 1988/1989 auf 31 für den Zeitraum von 2002/2003. In der Kategorie „bürgerlichen Rechte“ stieg die Zahl der Länder die besser als 6 waren im selben Zeitraum von 12 auf 39. Besser als 3 waren bei den politischen Rechte im Jahr 1988/1989 nur 2 Länder, während es 2002/2003 schon 10 waren. Bei den bürgerlichen Rechten stieg dagegen die Zahl nur von 1 auf 6.¹⁷ Dabei muss allerdings angemerkt werden, dass „Freedom House“ nur aus US-amerikanischen Instituten besteht. Linke Kritik an „Freedom House“ wirft ihnen vor, dass diese den Interessen der Konservativen dienen würden und zudem eine US-amerikanische Sicht der zu untersuchenden Parameter einnehme. So kritisiert u.a. Christina Holtz-Bacha in einem Papier aus dem Jahre 2004, dass „Freedom House“ US-amerikanische Werte als Maßstab für die Welt heranziehe und die Welt aus der Sicht der USA bewerte: „(...)the United States, public service broadcasting is often equated with state broadcasting. Most West European countries attach great importance to public service broadcasting which they consider a safeguard for diversity. Public service broadcasting is therefore supported through financial guarantees. From the US point of view, this is understood as public service

16 Freedom House: http://www.freedomhouse.org/pdf_docs/research/freeworld/2004/map2004.pdf
12.09.05

17 Erdmann, Gero: Menschenrechte S.193-195 in: Hofmeier & Mehler (Hsg.), Kleines Afrika Lexikon Politik-Wirtschaft-Kultur; München 2004

*broadcasting being dependent on the government while from a European perspective, support of public stations is regarded as lying in the interest of a free and diverse media system.*¹⁸ Amnesty International Deutschland hält in seinem Jahresbericht 2005 fest, dass in mehreren Teilen des afrikanischen Kontinents anhaltende bewaffnete Konflikte ausbrachen, für die vielfach Menschenrechtsverletzungen den Nährboden bildeten und die Zerstörung und Leid über die Zivilbevölkerung brachten. Die Situation für Flüchtlinge und Vertriebene war katastrophal. Auf internationaler Ebene wurden Initiativen eingeleitet, um die für Menschenrechtsverstöße verantwortliche Personen vor Gericht zur Rechenschaft ziehen zu können. In einem Großteil der Staaten Afrikas sahen sich Menschen, die mit HIV infiziert oder an Aids erkrankt waren, Diskriminierungen ausgesetzt und in ihrem Recht auf medizinische Versorgung weithin missachtet.

Viele Regierungen des Kontinents gingen unvermindert hart gegen ihre politischen Widersacher vor. Auch Menschenrechtsverteidiger gerieten zur Zielscheibe staatlicher Repression. Die Gewalt gegen Frauen stellt ein nach wie vor gravierendes Problem dar, das durch Faktoren wie Armut und fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge noch verschärft wurde.¹⁹ Dennoch kann man festhalten, dass in weiten Teilen südlich der Sahara nicht ein „Paradies in Sachen Menschenrechte“ vorherrscht und Verletzungen solcher auch durch Bürgerkriege und inneren Konflikte an der Tagesordnung sind. Die Kampfhandlungen in fast allen afrikanischen Konflikten verlagern sich von "klassischen" Kriegshandlungen zwischen Armeen in Richtung einer Auseinandersetzung der Armee mit bewaffneten Gruppen, die in einem unscharfen Abgrenzungsbereich zwischen Rebellenorganisationen, tribalistisch geprägten Verbänden und Gruppen organisierter Kriminalität anzusiedeln sind. Dabei werden zwei jahrzehntelang sakrosankte Grundsätze, nämlich die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Respektierung bestehender Grenzen, zunehmend in Frage gestellt.²⁰

18 Holz-Bacha, Christina: What is „good“ press freedom? - The difficulty of measuring freedom of press worldwide, Mainz 2004

<http://www.pucrs.br/famecos/iamcr/textos/bacha.pdf>

19 Amnesty International: Jahresbericht 2005 Afrika.

<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/c1070c04ee5add56c12567df002695be/388d2f43db4dd358c125700b004ff625?OpenDocument> 12.09.05

20 Auswärtiges Amt: Konfliktbewältigung in Afrika Stand Februar 2004

<http://www.auswaertiges->

[amt.de/www/de/aussenpolitik/regionalkonzepte/afrika/konfliktbewaelt.html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/regionalkonzepte/afrika/konfliktbewaelt.html) 12.09.05

Während des Kalten Krieges war Afrika vor allem ein Schlachtfeld des Kampfes der Systeme. Die USA zum Beispiel unterstützten antikommunistische Bewegungen wie die UNITA, während der Osten, wie beispielsweise Kuba in Angola, prokommunistische Gruppierung unterstützte. Nach dem Kalten Krieg hatte sich neben Rückzug der Supermächte USA und UdSSR aus Afrika, auch die Ideologien der damaligen Zeit erübrigt. So mussten viele einstige Machthaber abtreten oder sie wurden durch Unruhen oder Druck von außen zum Abdanken gezwungen. Heute kann man neben dem Verlust von staatlicher Autorität über weite Teile von Staaten und das Aufkommen von Gegenregierungen wie z.B. in der Demokratischen Republik Kongo, ehemals Zaire, oder auch in anderen Gebieten Zentralafrikas feststellen, dass sich in den sogenannten „failed states“ zunehmend fest etablierten Gegenregierungen herausbilden, die sich oft auf eine Ethnie stützen, die sich von der Zentralregierung benachteiligt sieht. Während es unter Mobutu nicht zu großen Auseinandersetzungen mit der Zentralregierung kam und eine der wenigen Konflikte im Jahre 1977/78, als eine internationale Militärhilfsaktion zugunsten der Regierung unter Mobutu Sese Seko gegen Invasoren aus Angola erfolgte, sind nun unter den Nachfolgern der beiden Kabilas nun mehrere Konflikte im Land aufgeflackert. Die konfliktreiche Phase zwischen 1996 und 2002 wird auch als Kongokrieg, ab 1998 auch als „afrikanischer Weltkrieg“ bezeichnet, nachdem die Nachbarstaaten interveniert hatten. Die Ursachen für den Krieg im Kongo sind vielfältig. Hauptauslöser des Krieges waren die nach dem Völkermord an den Tutsi in Ruanda 1994 entstandenen Flüchtlingslager im Osten des damals noch als Zaire bekannten Kongo, wo sich viele der für den Völkermord verantwortlichen Génocidaires und Angehörige der früheren ruandischen Armee FAR aufhielten.

Der harte Kern der am Völkermord beteiligten Hutu begann bald von Zaire aus Angriffe auf Ruanda zu verüben, um die zwischenzeitlich gebildete neue Regierung wieder zu stürzen. Der zairische Präsident Mobutu Sese Seko, dessen Macht damals schon sehr angeschlagen war, sah diesen Konflikt als Möglichkeit, um wieder zu einem wichtigen Faktor im Weltgeschehen zu werden, indem er das Flüchtlingselend und die internationale Aufmerksamkeit nutzte und sich auf die Seite der Hutu stellte. Dies führte zum Einmarsch der militärisch weit überlegenen RPF aus Ruanda nach Zaire, um die Lager aufzulösen und die Beteiligten am Völkermord zur Rechenschaft zu ziehen. Gleichzeitig bildeten sie dort eine Koalition um Laurent-Désiré Kabila zum Sturz Mobutus. Diese Koalition wurde auch von den USA und Uganda unterstützt.

Nach dieser ersten Phase kam es 1998 zu einer zweiten Auseinandersetzung, in die

diesmal neben Ruanda auch Uganda, Namibia, Angola, Burundi, Simbabwe, Tschad sowie indirekt die USA und Frankreich verwickelt waren, woraus sich die Bezeichnung "afrikanischer Weltkrieg" ableitete. Dabei wandten sich die vormaligen Unterstützer Kabilas gegen ihn, worauf mehrere südliche Nachbarländer des Kongo Kontingente zur Unterstützung der Regierung Kabilas entsandten. Im Kongo ordnete 1998 Präsident Laurent Kabila am 27.7. die Ausweisung aller Tutsi nach Ruanda an. Diese und die mit ihnen ethnisch verwandten Banyamulenge in der im Osten gelegenen Kivu-Region rebellieren am 3.8. gegen Kabila. Diese Einheiten kämpften im Mai gegen aus Burundi und Ruanda geflohene Hutus. Zu Spannungen kam es bereits zuvor, da die Tutsi-Soldaten enttäuscht auf die nicht eingehaltenen Versprechen Kabilas reagierten, den sie im Vorjahr gegen Mobuto Sese Seko unterstützt hatten. Die Versprechen bezogen sich auf Teilhabe an der Macht und Schürfrechte in der Katanga-Provinz, die Kabila amerikanischen Firmen übertragen hatte. Am 17.8. gründen die Rebellen die Sammlungsbewegung RCD (Rassemblement congolais pour la democratie) unter Ernest Wamba dia Wamba.²¹

Gründe für diesen zweiten Krieg dürften hauptsächlich die im Osten der Demokratischen Republik Kongo reichlich vorhandenen Bodenschätze wie Diamanten, Gold, Erdöl und das strategisch überaus wichtige Coltan sein, deren Ausbeutung viele Begehrlichkeiten weckt. Die in den Krieg verwickelten Staaten verfolgen zumeist wirtschaftliche und strategische Interessen oder versuchen von heimischen Problemen abzulenken. Die Vereinten Nationen bildeten im Jahr 2000 die Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC), die seitdem im Konflikt zu vermitteln versucht. Am 16. Januar 2001 fiel Laurent-Désiré Kabila einem Attentat einer seiner Leibwächter zum Opfer, worauf sein Sohn Joseph Kabila das Amt des Präsidenten übernahm. Ihm gelang es zeitweise mit Unterstützung der UNO, die Verhandlungen mit den abtrünnigen Provinzen wieder aufzunehmen und im Juli 2003 eine neue Regierung mit Vertretern der verschiedenen Rebellengruppen zu bilden. Vor allem die Provinzen im Osten des Landes stellen jedoch weiterhin einen Unruheherd dar. Im Januar 2001 fiel Kabila selbst einem Attentat zum Opfer und sein Sohn Joseph Kabila "erbte" seine Stellung als Staatspräsident der DR Kongo. Trotz des dubiosen Amtsantrittes scheint mit Joseph Kabila zum ersten Mal seit 1959 ein Mann den Kongo zu führen, der eine Befriedung und Stabilisierung der zerrütteten Nation zumindest versucht. Im Wege steht ihm

21 [Afrika 1998: http://www.hiik.de/de/barometer1998/afrika_1998.htm](http://www.hiik.de/de/barometer1998/afrika_1998.htm) 12.09.05

dabei allerdings der fast vollständige Zerfall der Infrastruktur, Verwaltung und Wirtschaft des Landes und insbesondere die Ausplünderung der äußerst rohstoffreichen Ostprovinzen des Kongo, in denen die Zentralregierung fast völlig machtlos ist, durch ugandische, ruandische und burundische Kräfte. Mehrere Erhebungen und Revolten konnte Kabila bisher abwehren. Ob es ihm aber gelingen wird, die territoriale und in der Folge die administrative Souveränität wiederherzustellen, steht immer noch dahin.

Inzwischen ist ein „Friedensschluss“ erzielt worden. Im Dezember 2004 endete in Tansanias Hauptstadt Daressalam auf Außenministerebene ein Staatengipfel, der einen Schlussstrich unter die blutigen Konflikte Zentralafrikas ziehen soll. Zählt man Sudan und Angola und andere Teilnehmerländern zu denen der Kernregion dazu, so gab es rund 10 Millionen Tote. Ausgehend vom Völkermord an Ruandas Tutsi 1994 und den Kongo-Kriegen 1996-2003, setzte eine Spirale von Bürgerkriegen und Militärinterventionen ein. Schließlich nützt Wiederaufbau nichts, wenn die Ursachen für den Krieg bestehen bleiben. Zu diesen zählt der kongolesische Politologe Jean-Pierre Mbelu "die immer schärfere Ausprägung von Identitätskonflikten, die Anbetung der Macht und des Geldes, zufällige Grenzen, gezogen von Kolonialherren, Abwesenheit eines Rechtsstaates". Andere verweisen auf die Verarmung breiter Bevölkerungsteile, die Menschen in die Arme von Warlords treibt, sowie die ungleiche Landverteilung, welche die Migration aus dicht besiedelten in wenig erschlossene Gebiete erzwingt, selbst dann wenn eine Staatsgrenze im Wege steht.

Zu all dem wird die Konferenz aus gutem Grund nichts bringen: Weder eine Neuziehung der Grenzen noch das Umkrempeln der politischen Ordnung einzelner Länder wären konsensfähig. In Vorkonferenzen verhinderte Kongo sogar, dass das Treffen Nationalitätenfragen behandeln sollte. Dabei ist der Streit um die Staatsbürgerschaft der ruandischstämmigen Minderheit des Ostkongo einer der wichtigsten ungelösten Konflikte der Region. Dies wurde als eine "innere Angelegenheit" erachtet. Der Kongo strich sogar den von Ruanda gewünschten gemeinsamen "Kampf gegen Völkermordideologie" aus der Konferenzvorlage.²²

Das Problem an diesen neuen Konflikten, wofür der Kongo exemplarisch steht, ist,

22 Johnson , Dominic : Ein Stück Frieden für Afrika in: TAZ 16.11.2004 S.5
http://www.kongo-kinshasa.de/taz/taz2004/taz_041116.php 12.09.05

wie Münkler in seinem Buch: „Die neuen Kriege“ festhält, dass die verschiedenen Warlords die Ressourcen des Landes nutzen um mit diesen den Krieg zu finanzieren. Dadurch, dass es so billig geworden ist, Krieg zu führen und man Kleinwaffen schnell erwerben kann, ist es auch leicht, eine Armee aufzustellen und diese zu kommandieren.²³ Nicht ohne Grund wird gefordert, dass die Kontrolle über Kleinwaffen verschärft wird. Zwar hat die deutsche Regierung 13 Staaten auf die sogenannte K-Liste gesetzt, für die es keine Exportgenehmigung gibt, darunter auch Angola, aber dennoch gab es 1998 laut einer Schätzung von Michael Renner, mindestens 500 Millionen militärische Kleinwaffen.²⁴ Es lässt sich feststellen, dass das Gewaltmonopol des Staates, wie es erstmals bei Hobbes Erwähnung fand, in weiten Teilen Afrikas südlich der Sahara mit Ausnahme von Südafrika keine Anwendung findet. „Der Staat“ ist ein Vielvölkergemisch, in welchem sich einzelne Ethnien versuchen, sich gegenüber anderen zu behaupten.

Laut Winric Kühnes Arbeit „Kriege und Konflikte“, lassen sich mehrere Ursachen feststellen, die zu Konflikten in Afrika geführt haben:

- **Versagen des Staates.** Eine Konsolidierung der staatlichen Strukturen im Sinne von „good governance“ (Rechtsstaatlichkeit, ordnungsgemäße und transparente Verwaltung, demokratische Partizipation) ist in den vier Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit in den meisten afrikanischen Staaten nicht gelungen. Militärherrschaft, Einparteien- und Einpersonen-Diktaturen, Korruption und ineffiziente und aufgeblähte Bürokratien sind weit verbreitete Erscheinungen und der Grund für die in Afrika seit Beginn der neunziger Jahre durchlaufende Welle der Demokratisierung und „zweiten Befreiung“ (nun von den eigenen, korrupten Oligarchien und Führern). Die Demokratisierung hat sich bis jetzt jedoch nicht konsolidieren können. Ihr kurz- und mittelfristiger Effekt war in einer Reihe von Fällen sogar eine weitere Destabilisierung staatlicher und politischer Strukturen. Demokratisierung unter den Bedingungen der Armut und ethnischen Vielfalt erfordert offenbar einen ganz besonders langen Atem.
- **Politisierung von Ethnizität und Religion.** Die Wiederbelebung und Politisierung von Familien-, Clan- und Stammesstrukturen sind unter diesen Bedingungen nicht überraschend. Da der Staat seine Bürgerinnen und Bürger weder

23 Münkler., Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek 2002

24 Smieg, Eva: Krisenprävention durch Entwicklungszusammenarbeit? S. 64

zuverlässig gegen Gewalt schützen, noch elementare Grundbedingungen des sozialen und wirtschaftlichen Überlebens garantieren kann, stützen sich die Menschen in verstärktem Maße auf überlieferte Strukturen ihrer unmittelbaren Umgebung.

- **Spannungsverhältnis Modernisierung und traditionelle Strukturen.** Die Wiederbelebung von Clan, Religion und Ethnizität ist jedoch nicht einfach eine Rückkehr zu traditionellen Strukturen. Dieser Prozess verläuft zutiefst widersprüchlich. Einerseits wird auf traditionelle Strukturen und überlieferte Mythen zurückgegriffen wie zum Beispiel die „Hamitentese“ im Konflikt zwischen Tutsi und Hutu in Ruanda und Burundi. Laut dieser wissenschaftlich nicht bewiesenen These sind die Vorfahren der Tutsi in früheren Jahrhunderten aus Äthiopien eingewandert und gehören damit „rassisch“ zu den Hamiten und nicht wie die Hutu zu den sogenannten Bantu-Völkern. Die in dieser These enthaltene rassische Unterscheidung ist jedoch unsinnig, unter anderem weil „Bantu“ keine Bezeichnung für eine Ethnie oder Rasse, sondern für eine Sprachgruppe ist. In der Vorstellungswelt der Politiker und Völker Zentral- und Ostafrikas hat diese Unterscheidung dennoch eine beträchtliche und für das friedliche Zusammenleben gefährliche Dynamik entwickelt.

Hinzu kommt, dass die Globalisierung diese Prozesse verstärkt, beschleunigt und kompliziert. Moderne Informationstechnologie sowie Waffen- und Transporttechnologien sind für die Politik-, Geschäfts- und Konfliktakteure in Afrika äußerst wichtig und verändern ihr Handeln und die Dynamik von Konflikten. Den wechselhaften Kapitalmärkten und Rohstoffpreisen sind die afrikanischen Volkswirtschaften aufgrund ihrer Schwäche hilfloser ausgesetzt als andere Regionen.

25

Schwache und unterfinanzierte staatliche Institutionen sowie schlecht bezahlte Staatsbedienstete tragen dazu bei, dass der Staat wichtige Staatsaufgaben für seine Bürger und Bürgerinnen nicht in angemessener Weise erfüllen kann. Die Mehrheit der afrikanischen Staaten fällt in die Kategorie der schwachen Staaten, in denen Konflikte aber nicht gewaltsam ausgetragen werden. Korruption und "governance"-Probleme verhindern eine effiziente, am Gemeinwohl orientierte Nutzung knapper Ressourcen

25 Kühne, Winric: Kriege und Konflikte in: Informationen zur politischen Bildung (Heft 264)

http://www.bpb.de/publikationen/05218911078228261898093248719842.2.0.Kriege_und_Konflikt_e.html#art2 12.09.05

und erhöhen, wie der Fall Simbabwe zeigt, die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen. Viele junge Demokratien sind noch äußerst labil und erheblichen Belastungen ausgesetzt. Demokratie muss in der Bevölkerung verankert werden. Wie der Fall Nigeria zeigt, kann Demokratisierung kurzfristig zu einer Erhöhung der Instabilität führen, wenn aufgestaute Konflikte offen ausbrechen. Auch ein Blick in die Geschichte Europas und Deutschlands zeigt, dass die Verankerung der Demokratie ein langwieriger Prozess ist, der häufig nicht ohne Rückschläge verläuft. Dort wo die Legitimität des Staates soweit erodiert ist, dass dieser seine Ordnungsfunktion nicht mehr wahrnehmen kann, werden Konflikte gewaltsam ausgetragen. Finanziert und verlängert werden kriegerische Auseinandersetzungen häufig durch die Ausplünderung von Rohstoffen wie z. B. durch Diamanten. Angola, Sierra Leone, und wie schon erwähnt die DR Kongo und der Sudan zählen zu jenen Staaten, in denen der Staatszerfall weit fortgeschritten ist. Die Regierungen können große Teile des Staatsgebietes nicht mehr kontrollieren. In Somalia hat die Regierung für ein Jahrzehnt aufgehört zu existieren, man kann von einem offenen Staatszerfall sprechen. Ob die kürzlich neu gebildete Regierung Somalias von allen anerkannt und damit Legitimität und Handlungsfähigkeit erwerben wird, bleibt abzuwarten.²⁶

Ethnozentrismus in Afrika südlich der Sahara:

(ethnos = griech.: Volk, Volks-). Ethnozentrismus meint die Beurteilung anderer Völker und Kulturen vom Standpunkt der eigenen Kultur und die mit ihr verbundenen Wertmaßstäbe. Ethnozentrisch ist der "normale" Standpunkt des Alltagsmenschen. Aufgrund unserer Eingebundenheit in die eigene Lebenswelt wird jede Betrachtung von Kultur ethnozentrisch sein. Ethnozentrisch ist jeder traditionelle Standpunkt wie z. B. der Blick der Griechen auf andere Völker, die unverstanden und ungeachtet ihrer "Leistungen" einfach als Barbaren bezeichnet wurden. Sehr stark ethnozentrisch sind die Nationalismen des 19. und 20. Jahrhunderts. Werden andere Kulturen oder deren Produkte auf der Grundlage eigener Werte und Normen gemessen, kommt es häufig zu einer Überhöhung der eigenen Kultur. So spricht man auch vom Kulturzentrismus. Diese Tendenz wird durch den unmerklichen und unreflektierten eigenen

26 http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/bmz_konzepte/konzept116/a1.html 12.09.05

Kulturerwerb, die Enkulturation gefördert. Entwickelt wurde das Konzept des Ethnozentrismus zuerst von WILLIAM GRAHAM SUMNER der den Begriff in seinem 1904 in seinem Buch... 'Folkways: a study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores, and morals'). Er definierte Ethnozentrismus als eine Denk- und Verhaltensweise, „[...]in which one's own group is the center of everything, and all others are scaled and rated in reference to it.“ (SUMNER, 1906, p. 13)

Die Armut und die staatliche Unfähigkeit die Bevölkerung einzubinden, ist eine Gefahr für die Stabilität der Staaten. Im Gegensatz zu Staaten in Europa fehlt vielen Bewohnern in Afrika das „Nationalgefühl“. Sie sehen sich z.B. weniger als Staatsbürgers Nigerias, sondern eher als Yoruba oder Mitglied einer anderen Ethnie. Die Identifizierung zur Ethnie steht im Mittelpunkt der Sichtweise des Individuums und der politischen Akteure. Auch wenn noch vor 30 Jahren viele Sozialwissenschaftler prophezeit hatten, dass die Stämme verschwinden werden und an deren Stelle eine Nation treten würde, die von Individuen getragen würde.²⁷

Beat Moser schreibt in seinem Werk „Ethnischer Konflikt und Grenzkriege“ aus dem Jahre 1983, dass ein wesentlicher Teil der Varianz im Ausmaß für die Vorhersage der Gewaltintensivität ethnischer Konflikte in Afrika durch frühere bzw. gegenwärtige Verhaltensweisen des Regimes bzw. Dissidenten ethnischen Gruppierungen gebunden seien.²⁸ Daneben führt er weiter aus, dass die Wahrscheinlichkeit von Grenzkonflikten ansteigt, je weniger effizient diese Kontrolle gelingt.²⁹ Die Ereignisse in der DR Kongo sind dafür ein gutes Beispiel. Eine starke Regierung kann ein Nationalgefühl propagieren und an das Gemeinwohl appellieren, während eine Rebellengruppe im Gegensatz dazu sich vor allem auf den Ethnozentrismus stützen muss, wenn sie stark in einer benachteiligten Volksgruppe verwurzelt ist und diese als Rückhalt für ihren Kampf gegenüber der Regierung braucht. Hingegen kann auch ein beliebiger Herrscher den Ethnozentrismus nutzen, um sich gegenüber der Opposition weiter im Sattel zu halten. So hatte Moi in Kenia mit einer Ethnisierung von oben reagiert und damit ethnische Gewalt angezettelt um zu zeigen, dass Pluralismus nur zur neuen ethnischen Gewalt führt.³⁰

27 Schwender, Richard A.: Moralische Landkarten in: Samuel P. Huntington & Lawrence E. Harrison (Hrsg.), Streit um Werte, München 2004 S.237-270

28 Moser, Beat: Ethnischer Konflikt und Grenzkriege- Ursachen innen und außenpolitischer Konflikte in Afrika, Zürich 1983 S.137

29 Ders. S. 246

30 Engel, Ulf; Mehler, Andreas: Lücke schließen: Der Beitrag der Politikwissenschaft zur Analyse und

Ein weiteres Problem ist, dass demokratische Spielregeln und Strukturen nicht anerkannt werden und es keinen Minderheitenschutz gibt, wie damals schon die Federalists in der Debatte um die Verfassung der USA gefordert hatten. So können sich gewisse ethnische Gruppen unterdrückt sehen, wenn diese „falsch gewichtet“ worden sind. In Afrika sind Wahlsysteme eher gefragt, welche die Repräsentationsfunktion stärker betonen als solche, welche die Mehrheit darstellen.³¹ Dies liegt sicher einerseits daran, dass man sich stark an seiner Ethnie orientiert und dies ein Zeichen für die starke Gewichtung von Ethnizität ist. Jedoch führt dieser Umstand auch zu Zersplitterungen und bewirkt somit eine asymmetrische Struktur im Parteiensystem.³² Als Beispiel sei hier Guinea genannt, wo von 114 Sitzen immerhin 71 auf die Partei des Präsidenten PUP entfallen. Danach rangieren die RPG mit 19 Sitzen, PRP und UNR mit 9, UPG mit 2, PDG, UNPG, PDG-RDA und andere mit nur einem Sitz.³³ Die Gefahr besteht darin, dass Wahlen und demokratische Systeme nur als Erfüllungsgehilfen der Mehrheit gesehen werden, es keinen Minderheitenschutz gibt und sich so zur einer „Demokratie“ im Sinne von Aristoteles entwickeln. Das Gemeinwohl, das Ziel des glücklichen Lebens aller, was Aristoteles in seiner Schrift „Die Politik“ formuliert, wird geopfert damit ein Teil auf Kosten der Anderen profitieren kann. Auf diese Weise entstehen aber neue Spannungen und wenn sich ein Teil der Bevölkerung als ausgegrenzt betrachtet, dann kann daraus schnell eine Abkehr von diesem Staat oder gar die Forderung nach einem eigenen Staat entstehen.

Die sogenannten „failed states“ sind vor allem im südlichen Afrika zu finden. Hier treffen die vorher genannten Punkte und Entwicklungen zu. In diesem Falle gibt es keine Autoritäten mehr oder die politische Macht ist so erodiert, dass ihre einzelnen Elemente sich gegenseitig lähmen. Politik, Nationalismus, Ethnizität, Religiosität, Massaker, Kriminalität, Krieg, Geschäftemacherei, Terror, Vetternwirtschaft fließen zusammen. Zum Schluss lässt sich kaum noch feststellen, aus welchen Gründen das Morden überhaupt entstand und sich fortsetzt. Der Krieg verselbständigt sich und kann kaum noch durch Waffenstillstände oder Friedensabkommen beendet werden, weil es immer weniger Autoritäten gibt, die solche Vereinbarungen eingehen oder durchsetzen könnten. Der Krieg ist „demokratisiert“, er wird nicht mehr auf der Basis

Früherkennung gewaltsamer Konflikte in Afrika, (Hrsg.), Ders.: Gewaltsame Konflikte und ihre Prävention in Afrika S. 135-170

31 Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem, Opladen 2004, S.245

32 Ebd. S. 251

33 http://en.wikipedia.org/wiki/Politics_of_Guinea 12.09.05

von Befehl und Gehorsam geführt, sondern jede Konfliktpartei entscheidet selbst über Feuerpause oder Massaker. Als Folge bricht auch das zivile Leben zusammen: Die Nahrungsmittelversorgung wird schwierig, Nahrungsmittel oder Energie und Heizstoffe fehlen oder werden unerschwinglich teuer, Plünderungen nehmen zu. Die Wasserversorgung und sonstige Infrastruktur, selbst die medizinische Versorgung kommen zum Erliegen oder werden zum Privileg der Warlords und Kriegsgewinnler. Der Zerfall eines Staates und seiner Verwaltung, die Schwächung und letztendliche Auflösung staatlicher Infrastruktur sowie das Auseinanderbrechen und die Zersplitterung der Armee in Milizen und später in miteinander konkurrierende Banden oder kleine bewaffnete Gruppen - all dies vollzieht sich parallel zur Auflösung der Gesellschaft und als deren Ausdruck. Politische, soziale und ökonomische Organisationen und Strukturen zerbrechen, werden funktionsunfähig oder verschwinden. Situationen des Chaos entstehen dann, wenn diese gesellschaftlichen und staatlichen Zerfallsprozesse nicht zu neuen Organisations- und Vergesellschaftungsformen führen, wenn aus dem Zusammenbruch keine neue Macht- und Ordnungsstruktur entspringt. Dann sind nicht nur konventionelle militärische Lösungen ausgeschlossen, sondern auch die erprobten Konzepte der Counter-Insurgency kaum anwendbar, da es ja keinen Machtkampf zwischen Guerilla und Regierung, ja überhaupt keine funktionierende Regierung als solche gibt, selbst wenn sie dem Namen nach noch zu existieren scheint.³⁴ Münkler schreibt hierzu, dass die Gewaltunternehmer vor allem auf sozial ausgegrenzte Jugendliche angewiesen sind, selbst dann, wenn diese nicht ausschließlich Verwendung finden, bilden diese doch das am leichtesten zu erschließende Reservoir. Hinzu kommt, dass in den Staaten südlich der Sahara die Lebenserwartung geringer ist als anderswo in Afrika. Münkler führt weiter an, dass zwar immer wieder ethnische Gegensätze als Legitimation eine Rolle spielen, weil sie die Gewalt verstärken, sie sind aber nicht deren Verursacher. Die Ursache hierfür sieht Münkler eher in dem mit Waffengewalt erzwungenen Aufstieg der gesellschaftlich Ausgegrenzten, die ihre vorherigen Demütigungen nun mehr an denen rächen, die es zu einem geregelten Lebensunterhalt und gelegentlich zu bescheidenem Wohlstand gebracht haben.³⁵ Ethnizität und Rivalitäten unter den Stämmen ist also nur ein Faktor der in einem Konflikt eine Rolle

34 Hippler, Jochen: Gewaltsame Konflikte, Ethnizität, und Möglichkeiten von Solidarität und Hilfe

http://www.jochen-hippler.de/Aufsatze/Ethnizitat_und_Humanitare_Hilf/ethnizitat_und_humanitare_hilf.html 12.09.05

35 Münkler: Die neuen Kriege S. 140f

spielt und nie alleine verantwortlich für Gewalt und Bürgerkrieg.

Die Staaten in Afrika sind also nicht effektiv in der Sicherung des Hobbes'schen Ziels des Friedens im Inneren. Ein effektiver Staat ist zur Sicherung der Souveränität, des Gewaltmonopols und der Rechtsstaatlichkeit unverzichtbar ohne die es auf Dauer keine demokratisch legitimierte Herrschaft geben kann. Darüber hinaus ist aber eine effektive Staatlichkeit auch zum Zwecke der Legitimitätsbeschaffung der demokratischen Ordnung notwendig. Das heißt, dass der Staat in der Lage sein soll, grundlegende Ansprüche und Bedürfnisse seiner Bürger, die diese per demokratischem Verfahren kund getan haben, in hinreichendem Maße zu erfüllen. Der Staat muss seiner „Dienstleistungsfunktion“ nachkommen können. Ist oder wird der Staat ineffektiv, sodass er die beanspruchten und beschlossenen Aufgaben nicht erfüllen kann, wird sich früher oder später die Frage nach seiner Legitimität stellen. In diesem Kontext wird dann die Frage nach den besonderen Formen der Legitimität aufgeworfen und wessen Legitimität betroffen ist: Wird die der Regierung, des Regimes oder die des Staates als Ganzes in Frage gestellt werden? Die Grundthese lautet hier bei Erdmann, dass es einen systematischen Zusammenhang zwischen den beobachteten Problemen der Staatlichkeit und den wenigen geglückten demokratischen Transformationen beziehungsweise den vielen hybriden Regimen in Afrika gibt, dass nämlich in der brüchigen oder spezifischen Staatlichkeit in Afrika eine Ursache für die ausgebliebenen Demokratisierungserfolge besteht.³⁶

Dennoch sollte man die Rolle des Ethnozentrismus weiter näher betrachten, um zu erkennen, wie sehr dieser als Katalysator in Konflikten funktioniert und wie weit dieser als Idee im Schwarzafrika verbreitet ist, was im weiteren Verlauf der Arbeit noch getan werden wird.

Nachdem nun der Ethnozentrismus als Gefahr für einen Staat betrachtet werden kann, wenn dieser nicht auf Ausgleich bedacht ist, sondern im Gegenteil eine Ethnie gegen die andere aufwiegelt, wodurch wiederum die Gefahr von inneren Spannungen auftritt, stellt sich somit die Frage, wer vom Ethnozentrismus profitieren kann.

36 Erdmann, Gero: Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall – strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika in: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert (Hrsg.), Demokratie und Staatlichkeit, Systemwechsel zwischen Staatlichkeit und Staatskollaps, Opladen 2003 S.267-292

Ethnozentrismus ist ein Mittel zur Rekrutierung. Wie bereits erwähnt, kann der Machthaber sich seiner Ethnie aber auch seiner Religion bedienen, um einen gewissen Mobilisierungseffekt innerhalb der Gesellschaft für sein Interesse zu erwirken. Indem der Gegner ausgrenzt und als Feind aller dargestellt wird, wird dieser auf diese Weise abgewertet und geschwächt. Als Beispiel sei hier die Elfenbeinküste angeführt. Während im christlichen Süden die Infrastruktur, Autobahnen, Eisenbahnlinien, Häfen etc. modernsten Standards entsprechen und es auch eine Autobahn von Abidjan nach Yamoussoukro gibt, ist der islamische Norden vergleichsweise gänzlich unterentwickelt. So praktizierten alle Präsidenten eine Politik der Bevorzugung der Christen im Süden gegenüber den Moslems im Norden. Durch diese Vernachlässigung des mehrheitlich moslemischen Nordens kam es im Land zu sozialen Spannungen, die von der Regierung noch weiter gefördert wurden, indem Leute aus dem Norden überwiegend aus der Politik fernhalten wollte. Hier kann man einen „Kampf der Kulturen“ – um eine Begriff von Huntington zu verwenden - beobachten, wobei es in ethnozentristischen Konflikten nicht unbedingt um Konflikte zwischen verschiedenen Religionen und Kulturen gehen muss. In solchen Fällen ist jedoch die Gefahr einer Solidarisierung von Drittparteien noch im stärkeren Maße gegeben als in normalen ethnischen Konflikten.

Der Unterschied zwischen „reinen“ Ethnozentristischen Konflikten und Konflikten zwischen „verschiedenen Kulturen“

Auf den Unterschied in der Frage zwischen rein ethnischen Konflikten und Konflikten zwischen verschiedenen Kulturen und inwieweit man diesen Unterschied bei einer Analyse berücksichtigen muss, soll hier kurz eingegangen werden. In diesem Versuch der Definition werden natürlich einige Annahmen gemacht, die in dieser Form de facto nicht existieren, aber zur Entwicklung eines einfachen Modells gemacht werden müssen.

Rein ethnische Konflikte sind Konflikte zwischen zwei Ethnien die sich in puncto Kultur und Lebensgewohnheiten, sowie in ihrer Geschichte vollkommen ähneln und sich nur unwesentlich voneinander unterscheiden. Als Beispiel kann man die Hutu und Tutsi in Ruanda und in Burundi heranziehen. Die Hutu sind ein Volksstamm in

Ostafrika und eine der drei vorherrschenden ethnischen Gruppen in Ruanda und Burundi. So sind 90% der Ruander und 85% der Burundier Hutus. Es handelt sich um eine etwas willkürlich anmutende Unterscheidung, da es keine großen kulturellen oder sprachlichen Unterschiede zu anderen ethnischen Gruppen wie z.B. zu den Tutsi gibt. Die Zugehörigkeit zu einer der drei Gruppen entscheidet sich eher am Status als an der Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe. Die Unterscheidung zwischen Tutsi und Hutu begann unter den Belgiern. Sie trennten die Bevölkerungsgruppen nach rassistischen Motiven von einander. Leute mit schmälere Nasen und hellerer Haut wurden Tutsi, solche mit breiteren Nasen und dunklerer Haut zu Hutu. Die Hutu wurden diskriminiert, obwohl sie die Mehrzahl stellten. Im 20. Jahrhundert wurden diese Unterschiede theoretisch aufgehoben und gleiche Rechte für Hutu und Tutsi in den Verfassungen verankert. Praktisch jedoch bestanden weiterhin große Differenzen, die sich letztendlich im Völkermord in Ruanda entluden als im April 1994 innerhalb von Tagen über eine halbe Millionen Menschen (überwiegend Tutsi) einem staatlich organisierten Massenmord zum Opfer fielen.³⁷

Hingegen muss man bei Konflikten zwischen „verschiedenen Kulturen“, neben der Ethnie noch die kulturellen Aspekte verstärkt in die Analyse miteinbeziehen.

Dies ist der Fall bei der bereits erwähnten Elfenbeinküste aber auch im Sudan, wo sich die islamisch dominierte Regierung dem christlich gesonnenen Süden gegenüber steht. Hier entlud sich der Konflikt zwischen beiden Parteien daran, dass der islamische Norden die Scharia, das islamische Recht einführen wollte, was die Bevölkerung des Südens ablehnte. Dieser schon seit einiger Zeit latent schwelende Konflikt ist durch die Erstarkung der „islamischen Bewegung“ seit den 70ern angeheizt worden. So hat seit den 70ern und verstärkt seit den 80ern der Islam als politische Bewegung aber auch die Missionstätigkeit des Islams in Schwarzafrika an Bedeutung gewonnen. Der Koran wurde in mehrere afrikanische Sprachen übersetzt und muslimische Universitäten wurden geschaffen, die von Libyen und anderen islamischen und arabischen Staaten finanziert wurden. Dabei wurden auch, wie einst vom libyschen Staatschef Gaddafi, auch handfeste politische Ziele verfolgt.³⁸ Samuel Huntington sieht in seinem Buch „Kampf der Kulturen“ vor allem an den

37 Scherrer, Christian P.: Ethno-Nationalismus im Weltsystem, Prävention, Konfliktbearbeitung und die Rolle der Internationalen Gesellschaft, Münster 1996, S.29

38 Dammann, Ernst: Afrika südlich der Sahara, Die politische Rolle des Islams in der Gegenwart, in: Der Islam in der Gegenwart, Hrsg. Werner Ende, Udo Steinbach, ³München 1984

Bruchlinien zwischen zwei verschiedenen Kulturen, wie z.B. zwischen dem Islam und dem orthodoxen Christentum ein Potential für Konflikte. Huntington glaubt im Konflikt der Kulturen eine Triebfeder von Konflikten zu erkennen. So sieht er z.B. auf dem Balkan wie Misha Glenny ein Kampf zwischen zwei Achsen, zwischen dem orthodoxen Christentum und dem Islam einerseits, aber auch zwischen diesen und dem katholischen Westen andererseits.³⁹ So hatte Deutschland das nach Unabhängigkeit strebende Kroatien neben dem Vatikan als eines der ersten Länder anerkannt. Dem widerspricht aber z.B. Harald Müller, der sich auf die Heidelberger Statistik beruft. Diese erfasst mit dem Begriff "latente Konflikte" 52 Konstellationen, in der zwei oder mehr Parteien einen Streit miteinander haben, der gewaltsam ausgetragen werden könnte, aber gegenwärtig noch nicht ausgebrochen ist. In dieser Kategorie, so lässt sich vermuten, findet man Auseinandersetzungen, die in Zukunft die Vereinten Nationen und die Weltöffentlichkeit beschäftigen könnten. Nur achtzehn dieser 52 Konflikte, also etwas mehr als ein Drittel, spielen sich an den „zivilisatorischen Bruchlinien“ ab, 34 haben nichts damit zu tun. Andererseits haben wieder 36 Konflikte, also mehr als zwei Drittel, verschiedene ethnische Gruppen als Akteure. Hier scheint also der ethnische Faktor ganz eindeutig beherrschend zu sein.⁴⁰ In einem kulturellen Konflikt ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass auf der „Megaebene“ es nachher Solidaritätsbewegungen mit den im Streit liegenden Kulturen gibt. So haben z.B. islamische Staaten wie der Iran im Balkankrieg die bosnischen Moslems unterstützt. Der Iran gehört zu den Ländern und Gruppen in der islamischen Welt, die den Krieg im früheren Jugoslawien in tiefer Sorge um das Schicksal der dortigen muslimischen Bevölkerung verfolgten. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zum Beispiel entsandten humanitäre Hilfe und - bereits seit Beginn des Konflikts 1992 auch Waffen. Die ehemaligen Afghanistan-Kämpfer, die heute nur noch umfassend als "El Kaida" bezeichnet werden, wollten Freiwillige entsenden und boten militärisches Training an. Der Iran schwankte: Es gibt zahlreiche Hinweise, dass der Iran mit Beginn des militärischen Konflikts auch mit "Experten" vor Ort vertreten war – darunter Hunderten von "Mujaheddin" und "Revolutionswächtern" ("Bassiji"). Die Aktivitäten des Iran wurden besonders in den USA misstrauisch beäugt, sie verhinderten aber nicht, dass der Iran im Frühjahr 1994

39 Huntington, Samuel: Kampf der Kulturen, München TB 1998, S.196

40 Müller, Harald: Der Mythos vom Kampf der Kulturen
Eine Kritik an Huntingtons kulturalistischer Globaltheorie

<http://www.hamburger-bildungsserver.de/welcome.phtml?unten=/ethno/global/hunting-100.html>
12.09.05

zu einem von den USA stillschweigend akzeptierten Waffenlieferanten für Bosnien aufstieg.⁴¹

Man kann also in diesem groben Modell festhalten, dass es in der Regel zwei „Ideal-Typen“ von ethnozentristischen Konflikten gibt. Einerseits einen Konflikt zwischen zwei Ethnien und andererseits einen ethnozentristischen Konflikt der sich mit einem „Kampf der Kulturen“ vermischt. Daneben könnte man noch zur Erklärung einen dritten Fall heranziehen, in dem es idealtypisch einen rein kulturellen Kampf gibt, worin analog zum ersten Fall der einzige Unterschied die Religion bzw. die Kultur ist. Das Spezielle an rein kulturellen Konflikten ist, dass diese wie bei den Mischtypen eine große Solidarisierung mit den Konfliktparteien in anderen Ländern bewirkt. So haben die Palästinenser im Konflikt mit Israel immer die Solidarität und die Sympathien der Masse der arabisch islamischen Bevölkerung auf ihrer Seite. Auch werden Ereignisse, wie die USA Ziele im Irak angreifen, in Beirut und Kairo viel stärker kritisiert als etwa vergleichsweise in New York, London und Berlin. Dies bedeutet nicht unbedingt, dass der Irakkrieg von den Massen im Westen unberührt aufgenommen worden wäre. Die Demonstrationen von Tausenden von Menschen wie am sogenannten Tag X in Mailand brachten immerhin 50 000 Menschen auf die Straße, in Genua waren es 40 000, in Turin 20 000. In Paris versammelten sich rund 20 000 DemonstrantInnen auf der Place de la Concorde vor der hermetisch abgeriegelten US-Botschaft und in Berlin fanden sich fast 50 000 Demonstranten am Alexanderplatz zusammen.⁴²

Zusammenfassend lassen sich folgende drei Typen von Konflikten feststellen:

- rein ethnozentrischer oder ethnischer Konflikt
- Mischung aus ethnischen und kulturellen Konflikten
- rein kultureller Konflikt

41 Deutsche Welle 9.3.2005: Irans Interessen auf dem Balkan
<http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1512048,00.html> 12.09.05

42 DGB (Hrsg.) : einblick 06/03, 31.03.2003 Gegen den Irak-Krieg: Proteste der Gewerkschaften in Europa

<http://www.einblick.dgb.de/archiv/0306/tx030602.htm> 12.09.05

Jeder dieser Konflikttypen hat gewisse Merkmale und Eigenheiten wobei man in der Regel von einer Mischung aus ethnischen und kulturellen Konflikten ausgehen kann, da sich auch nicht wie in diesem Modell ethnische und kulturelle Merkmale von gänzlich voneinander trennen lassen. Schließlich gehört die Kultur und die Wurzeln einer Ethnie zusammen und sie wird über diese, will man nicht auf rassistische Methoden wie die Belgier in Ruanda und Burundi zurückgreifen, auch immer über die Kultur definiert werden müssen.

Wer kann vom Ethnozentrismus profitieren?

Diese schon erwähnte Frage ist wichtig, denn nur so kann man die Gründe jener Akteure verstehen, die sich hinter die „Fahne der Ethnie“ stellen und wieso der Stamm immer noch über der Nation steht. Wer profitiert davon? Wieso haben sich in der Mehrheit der Staaten südlich der Sahara vor allem tribalistische Strukturen halten können während zum Beispiel dies im Norden Afrikas nicht der Fall ist? Wieso haben die Staaten nach der Kolonialisierung und der „Befreiung“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von einigen Ausnahmen abgesehen, kein Nationalgefühl wie in Europa entwickelt?

Dieses Problem scheint mit der Sprache einherzugehen. Während sich in Europa und in Nordafrika durch das Christentum und durch den Islam ein eigener Kulturkreis und eine dazugehörige Sprache durchgesetzt hat, war dies im Süden Afrikas nie der Fall gewesen. Während in Europa das Christentum eher indirekt an der Entwicklung einer Hochsprache beteiligt war, so war die Lutherbibel im 15. Jahrhundert dafür verantwortlich, dass sich eine deutsche Allgemeinsprache durchsetzen konnte. Im islamischen Raum war es der Koran der für die arabisch islamische Welt Arabisch als Verkehrs- und später auch als lokale Sprache durchsetzte.

Das klassische Hocharabisch wird als Muttersprache heute von niemandem mehr gesprochen. Es wird allerdings auch heute noch, nur im Wortschatz verändert, als geschriebene Hochsprache verwendet, in der fast alle Bücher und Zeitungen erscheinen.

Varianten des Arabischen werden von ca. 200 bis 300 Millionen Menschen gesprochen. Es ist (nicht immer alleinige) Amtssprache in folgenden Ländern: Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Eritrea, Irak, Israel, Jemen, Jordanien, Komoren, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Palästinensische Autonomiegebiete, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tschad, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate. Darüber hinaus ist Arabisch eine der sechs offiziellen Sprachen der Vereinten Nationen.

Demgegenüber steht in Afrika südlich der Sahara kein einheitlicher Sprach- und Kulturraum gegenüber. Die meisten afrikanischen Sprachen haben keine eigene Schrift entwickelt. Dort wurde und wird immer das Wissen von der älteren an die jüngere Generation weitergegeben. Amadou Hampâté Bâ, ein afrikanischer Schriftsteller und Ethnologe, der zwischen 1960 und 1970 für die UNESCO tätig war, drückte es einmal so aus: Es verbrenne immer eine ganze Bibliothek, wenn ein Alter stirbt. Insgesamt gibt es über 2000 eigenständige afrikanische Sprachen von denen rund 50 als größere Sprachen gelten, die jeweils von über einer Million Menschen gesprochen werden. Einige der wichtigsten afrikanischen Sprachen sind Swahili, Hausa und Bambara. Die ehemaligen Kolonialsprachen Englisch, Französisch, Portugiesisch und Deutsch werden vielerorts noch heute gesprochen.⁴³ Interessant ist Swahili als „afrikanische Lingua franca“, Swahili ist Amtssprache in Tansania und Uganda und eine weit verbreitete Verkehrssprache in Kenia (Amtssprache in Kenia und Verkehrssprache der gebildeten Bevölkerung ist Englisch). Ferner wurde es auf dem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union im Juli 2004 als Arbeitssprache übernommen und wird als Handelssprache (Lingua franca) von ca. 90 Millionen Personen gesprochen. So ist theoretisch die Chance gegeben, dass man einen so großen über die einzelnen Ethnien entstehenden Raum schaffen kann. Jedoch ist schon bei der Sprache Swahili schon zu sehen, dass diese heute die Muttersprache der Einwohner von Sansibar und der Einwohner eines Teils von Tansania (ca. 5 Mio. Personen) ist. In Kenia sprechen vor allem die Araber an der Küste (Mombasa) Swahili, wobei sich dieses wesentlich vom Swahili im Landesinneren unterscheidet. Jedoch herrscht in vielen Staaten südlich der Sahara eine babylonische Vielsprachigkeit vor und fast jede Ethnie hat ihre eigene Sprache. Wenn nur 50 Sprachen mehr als von einer Millionen Menschen gesprochen werden,

43 Literatur zu diesem Thema bietet einmal Heine, B. und andere (Hrsg.): *Die Sprachen Afrikas*, Hamburg 1981; Heine, B. u. D. Nurse (Hrsg.): *African languages. An introduction*. Cambridge, 2000.

zeigt dies, dass man sich einerseits mehr abschottet, da der Nachbar eine andere Sprache hat, aber es zeigt auch, dass man eine neue Sprache lernen muss, um mit einander in Kontakt treten zu können. Durch diese Zersplitterung ist es also schwer, eine große Bewegung zu formieren. Und die einzelnen Ethnien haben es leichter, nebeneinander als miteinander zu leben.

Ethnozentrismus kann ein Mittel zur Rekrutierung sein, um sich hinter der Fahne der Ethnie an Macht zu gewinnen, um so sich die Herrschaft über Ressourcen anzueignen. Dadurch, dass man viele Sprachen und viele kleine Stämme und Ethnien hat, ist so das Gebilde in den verschiedenen Staaten sehr komplex. Es gibt keine ethnisch homogene Gebiete und die Stärkung der Rechte indigener Völker stößt auf den Widerstand der Staaten. Am Status der 1981 gegründeten Arbeitsgruppe für indigene Völker, welche der Subkommission für die Bekämpfung von Diskriminierung und den Schutz von staatlicherseits als Minderheiten definierten Nationalitäten untersteht, die wiederum der Kommission für Menschenrechte, des Wirtschafts- und Sozialrates der UN untersteht.⁴⁴ Ethnozentrismus dient Eliten sicher für mehrere Zwecke. So kann man ein Feindbild erschaffen um von inneren Problemen abzulenken. Diese Taktik ist beliebt und wurde immer gerne angewendet. So schreibt Wehler über das deutsche Kaiserreich : *„Die Ablenkung innerer Spannungen in den Sozialimperialismus konnte vor allen auch deshalb im Deutschen Reich entschlossen betrieben werden, da sich die preußische Herrschaftstechnik der Revolution von oben gegen die Revolution von 1789, gegen weitgespannte Ansprüche der preußischen Reformbewegung, gegen die Revolution von 1848 und dank Bismarcks Erfolgen zwischen 1862 und 1871 gegen die großdeutsche Nationalbewegung bewährt zu haben schien.“*⁴⁵ Am Deutschen Reich kann man Exemplarisch zeigen, wie man durch Druck nach Außen und auch durch eine Ausgrenzung gewisser Gruppierungen, in diesem Falle waren es die Sozialisten, versucht hatte, das Regime gegen die inneren Probleme zu stabilisieren. Auch wurde an den verbindenden Nationalismus appelliert um so ein Gegengewicht zum Internationalismus der Sozialisten zu haben. Auch wenn man dies nicht ganz mit afrikanischen Verhältnissen vergleichen kann, so war die soziale Frage in allen europäischen Staaten im 19. Jahrhundert ungelöst gewesen und man propagierte den Nationalismus und den Erwerb von Kolonien. Fritz Bley ein Mitglied des damaligen Alldeutschen Verbandes⁴⁶ schrieb seine Vorstellung von den

44 Scherrer: Ethno-Nationalismus im Weltsystem S.207

45 Wehler, H.-U.: Bismarck und der Imperialismus. Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin, 1969 S. 84 f.

46 Alldeutscher Verband: eine 1891 als überparteiliche Organisation gegründete politische

„Herrenvölkern der Erde“, um seine Landsleute von der Wichtigkeit einer deutschen Expansion zu überzeugen.⁴⁷ Um einen Eindruck von den Ansichten des Alldeutschen Verbandes zu erhalten, genügt der Auszug aus einer ihrer programmatischen Erklärungen, welche die Forderung enthält, es gelte nach Osten und Südosten Ellenbogenraum zu gewinnen, „um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entwicklung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völkchen wie Tschechen, Slowenen und Slowaken ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten. Nur den großen Kulturvölkern kann das Recht auf Nationalität zugestanden werden.“⁴⁸

Diese in Europa wohl bekannte „Taktik“ wird nun in Afrika mit dem Ethnizentrismus wiederbelebt. Druck von innen, der durch mangelnde Reformen und Misswirtschaft der Machthaber entstanden ist, soll nun durch ein Feindbild und die Sympathisierung der Eliten mit einer bestimmten Ethnie hinausgezögert werden. Bei der Untersuchung des Systems ist primär nach den Eliten und den ihnen zugeordneten Oberschichten (Militär, Polizei, Geheimdienste, Beamtenschaft usw.) zu suchen. Diese herrschen in der Regel deutlich autoritär, wobei die Legitimationsideologie oft noch religiös oder quasi-religiös (z. B. marxistisch) fundiert wird. Die Bildung dieser Eliten geht häufig auf koloniale Traditionen zurück. Auch heute stehen die Kolonien noch häufig mit der ehemaligen Kolonialmacht in Verbindung. Bestimmte "westliche Modernisierungsschübe" wurden in Nicht-Kolonien häufig durch militärische Führer eingeleitet, die wiederum autoritäre ältere Herrschaftsmodelle zerschlugen und die herrschenden Eliten eliminierten (Türkei, China). Nach Bayart ist etwa der Staat in Afrika kein integraler Staat. Ethnische Gruppen bleiben strategische Gruppen, die ihren Mitgliedern Zugriff auf Einkommen und Ressourcen, unter Umständen auch rechtlichen, polizeilichen und militärischen Schutz, vermitteln können. "In einer gewissen Weise dienen ethnische Klientelnetze dazu, eine Reziprozität zwischen Führer und Mitglied der ethnischen Gruppe zu bewirken, die in der Beziehung zwischen Bürger und Staat im postkolonialen Staat nicht begründet wurde" (Molt).

Diesem heiklen Transformationsprozessen entsprechend, hat die Armee in der Regel in diesen Ländern eine entscheidende Funktion. Sie wird häufig im Übergang als "Schule der Nation" betrachtet. Offiziere und Mannschaften werden zur Loyalität zum

Vereinigung; wollte das Nationalbewusstsein beleben, das Deutschtum im Ausland unterstützen und die dt. Kolonial-, Flotten- und Außenpolitik fördern.

47 Bley, F.: Die Weltausstellung des Deutschtums. München 1897. zit. nach Fricke, D.(Hg.):

Dokumente zur deutschen Geschichte 1897/98 - 1904. Frankfurt/M.1977, S.22

48 Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes : 1890 – 1939 Wiesbaden 1954, S.44

neuen Staat und zur "Nation" erzogen und aus den tribalistischen, regionalen und ethnischen Bindungen herausgelöst. Die militärische Führungselite bildet neben den zivilen Eliten eine eigene funktionelle, „überparteiliche“ Einheit, die bei politischen Destabilisierungen durch Interventionen (unter Sistierung demokratischer Verfassungen) die nationale Einheit zu erhalten sucht. Häufig entwickelt die Armee sich jedoch zu einer autonomen politischen Kraft weiter und schafft sich eigene Rechtfertigungs- und Herrschaftsideologien (wie Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus oder um die nationale Befreiung und Einheit oder gegen Regionalismus und Tribalismus oder um die „ethnische“ Identität usw.). Auch hier entwickeln sich aber durch Willkür, Parteilichkeit, Korruption und den Konflikt rivalisierender Offizierscliquen Verfallserscheinungen, die bis zur Ethnisierung der Ordnungsmacht führen können und eine Diskreditierung der Armee zur Folge haben.⁴⁹ Dies wiederum kann dazu führen, dass die Armee dank des mangelnden Vertrauens in sie als Ärgernis mehr und mehr wahrgenommen wird und mehr und mehr durch Gegner der herrschenden Ethnie attackiert wird. Wenn sie sich zurückziehen muss, entsteht ein Machtvakuum in dem sich dann eine „Gegenregierung“ etablieren und sich dort auf die lokale Ethnie stützen kann. Dabei wird sie von einem befreundeten Regime unterstützt und schon ergibt sich im Staat das Problem, dass sich de facto nachher zwei Staaten herausbilden und zwei Gruppierungen sich um die Vorherrschaft streiten. Dabei geht es auch immer um die Sicherung von Ressourcen für seine eigene Ethnie, sei es auf Kosten des Allgemeinwohls..

Dies versuchen wir anhand eines einfachen Modells klar zu machen:

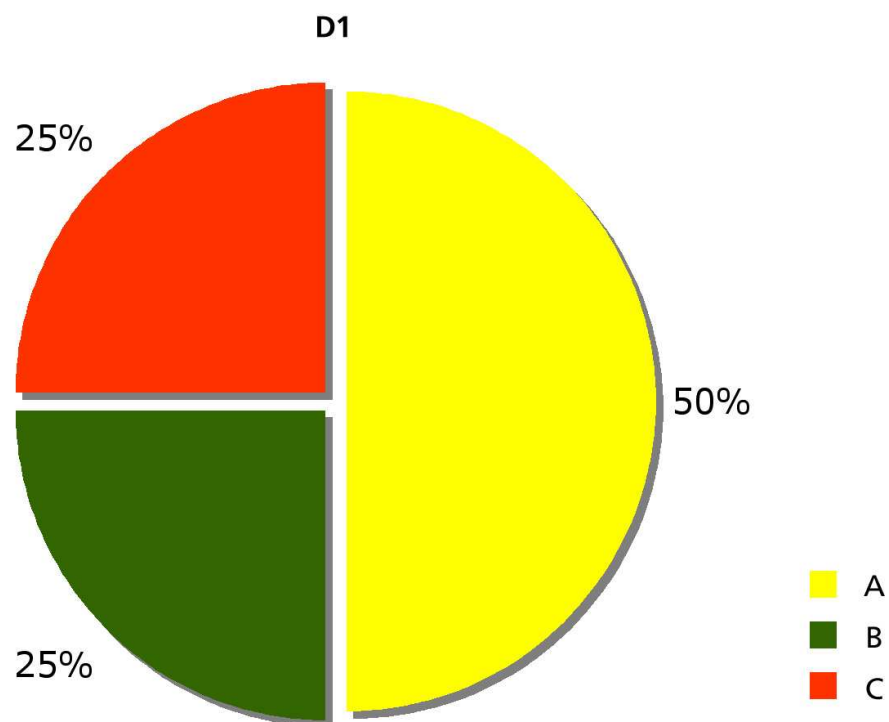
Nimmt man beispielsweise an, dass Partei A die Macht im Staat D1 inne hat, die Ethnie A stellt $\frac{1}{2}$ der Bevölkerung im Staat D1 und zu je $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung setzen sich aus den Ethnien B und C zusammen. Im Nachbarstaat D2 wiederum sind die selben Ethnien vertreten, aber A hat dort nur einen Anteil von $\frac{1}{4}$ und B und C haben einen Anteil von je $\frac{3}{8}$ der Bevölkerung.

Partei A hat im Staat D1 die Macht absolut inne. Sei es durch Wahlen, die in Afrika

⁴⁹ Glaut, Erwera: Das Weltsystem und der Ethnozentrismus
<http://or-om.org/IPH.htm> 13.09.05

oft nach dem Mehrheitswahlrecht geführt werden,⁵⁰ sodass die Ethnie A in Staat D1 unangefochten ihre Macht sichert und gegen Rebellion der Ethnien B und C mehr und mehr den ethnischen Charakter des Staates D1 betont um so die Ethnie A und ihre zahlenmäßige Überlegenheit gegenüber B und C zu beweisen.

In Staat D2 regiert die Ethnie C absolut. Sie hat jedoch als Konzession, um Ethnie B besser in Schachhalten zu können, der kleineren A mehr Rechte gegeben um sich so aus D1 durch Ethnie A bessere Beziehungen und eine Unterstützung gegenüber B zu bekommen.



50 Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem S. 245

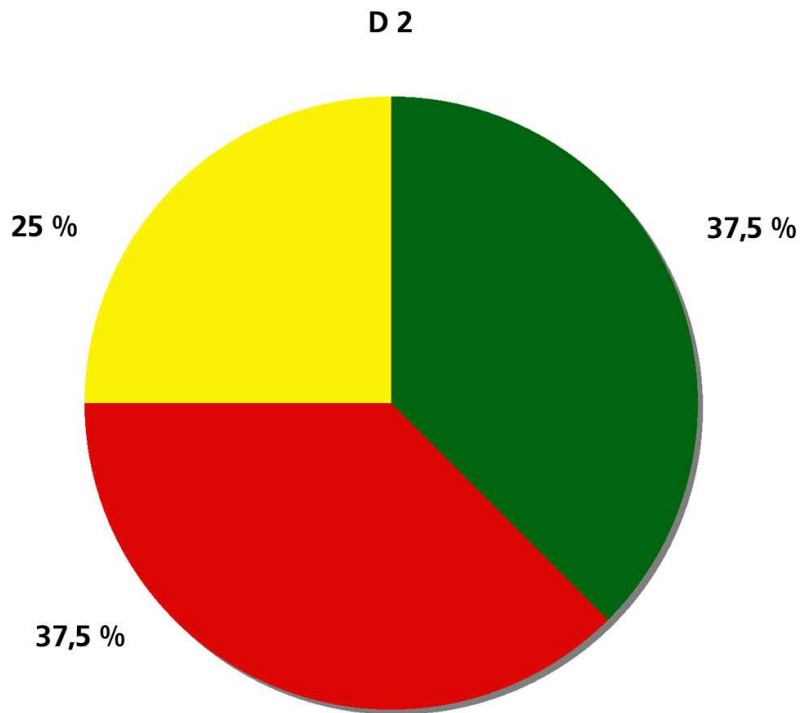


Bild Ausgangslage

Nach diesem Modell haben wir also die Ausgangslage, dass A und C an der Macht sind und A gewisse Konzessionen in D2 durch C bekommen hat. Ethnie B wird in D1 und D2 unterdrückt. Wobei in D1 dies dadurch geschieht, dass ihm die zahlenmäßige Überlegenheit fehlt und so wenn man ein Mehrheitswahlrecht hat und nach Nohlen in vielen afrikanischen Staaten das Prinzip die Mehrheit das Sagen hat, hat B da sie keine Alliierten wie C haben, die schlechteste Position. Sie können sich weder mit D1 wie mit D2 identifizieren und sind die absoluten Verlierer des Status quo.

A dominiert durch die Wahlen direkt in D1 und hat es geschafft durch gute Konzessionen in D2 relativ autonom zu agieren. A wird in D1 nicht einen aggressiven Ethnozentrismus gegenüber C verkünden da C ein „Allierter“ von A ist. A ist aber auch total in einer so starken Position, dass es theoretisch ganz auf einen Ethnozentrismus verzichten könnte. Jedoch schafft ein Ethnozentrismus für A in D1 eine höhere Mobilisierung der Klientel, welche aber durch das Profitieren des Status quo in D1 dem herrschenden System einen größeren Rückhalt bietet als B. C ist in D2 damit beschäftigt viele Ressourcen zur Machtsicherung zu verwenden. Sie werden

einen starken Ethnozentrismus verkünden, wenn dieser auch gegenüber A versöhnlich sein wird. B ist vor allem ein Konkurrent um die Macht für die Parteien A und C in D1 und D2. C braucht den Ethnozentrismus mehr als A um sich in D2 gegen B besser durchzusetzen und dafür zu sorgen dass C in D1 mehr zu C in D2 hält. So soll der Einfluss von B auch in D1 schwächer werden und B, das nur durch einen gewaltsamen Weg, sei es durch Separatismus oder einer andere Möglichkeit, sieht sich in D1 wie in D2 artikulieren zu können, ist viel stärker gefährdet, von D1 und D2 bekämpft zu werden.

Ethnozentrismus wird also dazu benutzt, um einerseits seine Macht abzusichern und andererseits um Ressourcen zu bündeln und einen besseren Zusammenhalt zu schaffen, um gewisse Ziele durchzusetzen. Das Gemeinwohl und das Interesse Ziele Staat für alle zu öffnen, ist oft dann nur gegeben, wenn die politischen Akteure davon profitieren. Ethnozentrismus dient also als Mittel zum Weg der Macht und hier zeigt sich wieder Max Weber, der festhielt, dass Politik immer eine Frage um die Macht sei.

Ein Lösungsvorschlag:

Aus der europäischen Geschichte, aber auch aus Fallstudien in Papua-Neuguinea, Südamerika und Schwarzafrika weiß man, dass selbst die bittersten Feinde über Konfliktregulierungsmechanismen verfügen. Wir können aber nicht davon ausgehen, dass alle Kulturen das noble Vorhaben von Debatte, Dialog und Austausch zu schätzen wissen. Bevor der Dialog begonnen wird, muss deshalb in Erfahrung gebracht werden, welche Institutionen, **Eliten** oder Organisationen innerhalb der jeweiligen Nationen oder Kulturen existieren, die für einen versöhnlichen Diskurs und das Hinarbeiten auf eine friedliche Lösung in Krisenzeiten beansprucht werden könnten oder bereits aus eigener Initiative in diesem Sinne arbeiten. Dieser Ansatz widerspricht der Behauptung Johann Gottfried Herders und seinem Modell der Identität von Nationen. Seine Theorie implizierte, dass in nahezu jeder kulturellen oder nationalen Gruppe ein latenter **Ethnozentrismus** vorherrscht. Diese Vorstellung machte eine auf Konsens zielende Politik, die auf der Anerkennung gemeinsamer

Ziele und Werte beruht, schwierig, wie Jan Abbink, Professor für Ethnische Afrikastudien an der Universität Amsterdam, darstellte.⁵¹

Die Methode, Konflikte zwischen zwei oder mehr Parteien durch die Intervention dritter Parteien friedlich zu regeln, ist vermutlich so alt wie die Geschichte der Menschheit. In den angelsächsischen Konzepten der ADR-Bewegung und der Interactive Conflict Resolution ist diese Methode auf eine je spezifische Weise systematisiert und für diverse Anwendungsfelder weiterentwickelt worden. Viele Vertreter dieser Konzepte halten ihre Methodik für universell anwendbar. Sie seien zwar im Kontext einer bestimmten westlich-angelsächsischen Kultur entstanden. Gerade der Pragmatismus dieser Kultur qualifiziere sie jedoch als kulturübergreifend geeignet. Führende Vertreter der Harvard-Schule innerhalb der ADR-Bewegung halten ihr Konzept sogar für die Systematisierung des gesunden Menschenverstandes.

An dieser Annahme ist jedoch in jüngerer Zeit zunehmend Kritik geäußert worden. Sie bezog ihre Argumente unter anderem aus der Anwendung dieser Konzepte auf ethnopolitische Konflikte außerhalb der westlichen Welt, insbesondere in Lateinamerika, Afrika und Asien. In diesen nicht-westlichen Kulturen, so der kritische Einwand, gäbe es viele andere traditionelle Formen der Konfliktbearbeitung, die in wesentlichen Punkten mit den westlichen Modellen nicht übereinstimmen. Gerade diejenigen, die an einer Verbesserung der friedlichen Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte interessiert seien, sollten deshalb ihre Ansätze im Hinblick auf die kulturellen Implikationen und eventuellen kulturellen Blindheiten überprüfen.

Ob und inwieweit diese Besonderheiten traditionaler Kulturen auch für die Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte relevant sind, kann nur im Einzelfall beurteilt werden. In vielen ethnopolitischen Konflikten in Afrika, Asien und Lateinamerika spielen traditionale Bezüge zweifellos eine große Rolle. Ein Beispiel dafür ist die Intervention der Vereinten Nationen in Somalia 1992/93, bei der die traditionellen Konfliktbearbeitungsstrukturen und -prozesse der somalischen Gesellschaft nach Auffassung des ehemaligen UN-Sonderbeauftragten für dieses Land sträflich

51 Abbink, Jan: Schwer zu fassen in: Zeitschrift für Kultur-Austausch 2/2001
http://www.ifa.de/zfk/themen/01_2_krisen/dabbink.htm 13.09.05

vernachlässigt wurden.⁵²

Das wichtigste ist, dass man die Ursachen von ethnischen Konflikten klar definiert. Man muss diese klar in ökonomische, politische, kulturelle und soziale Faktoren definieren können um eine umfassende Analyse zu haben. Genau so müssen die Ziele der Akteure in diesem Konflikt definiert sein und die Frage welche Anreize diese benötigen, um zu einem Frieden zu kommen. Ein ethnozentrischer Konflikt, der sich an der Sprache orientiert, braucht andere Lösungen, als ein ethnischer Konflikt in dem es um Wasser oder andere Ressourcen geht. Genauso müssen die Interessen von sekundär Parteien, wie schon in dem oben angegebenen Modell angerissen, definiert werden und in eine Skizzierung eines Lösungsvorschlags fallen. Es muss möglich sein, dass man die Konfliktursachen klar benennen kann und so eine Chance auf eine Lösung hat.

Wenn man die Werte und Normen der verschiedenen Parteien sieht und diese aufeinander prallen muss man einen Kompromiss finden so, dass beide sich entfalten können ohne, dass man dem Anderen schadet. Genauso ist es wichtig ein Gewaltmonopol zu errichten und diesen Frieden „robust zu sichern“, damit nicht Parteien die vom Krieg profitieren diesen Friedensschluss sabotieren, wie man in Afghanistan es praktiziert hatte. Dazu muss gesagt werden, dass diese Methode allerdings die Gefahr beinhaltet, dass in diesem Falle viele Konflikte nur unterdrückt werden und nun unter der Oberfläche vor sich schlummern. Der Fall Afghanistan zeigt ja gerade exemplarisch, dass man von einem wahren Frieden noch weit entfernt ist und die Zentralregierung immer noch die alten Warlords gegen sich hat und es immer noch zu ethnischen Spannungen im Land kommt. Auch wenn die Schutztruppe in Afghanistan versucht, diesen Frieden militärisch abzusichern, sind dennoch in Afghanistan immer noch Banden aktiv und das Land ist immer noch ein Hauptproduzent für Heroin, was so zu weiteren Konflikten führt und man daher eher von einem durch Druck der internationalen Staatengemeinschaft erzeugten „Nicht-Krieg“ sprechen kann als von einem Frieden

Für Afrika muss es möglich sein, dass man stabile Regierungen schaffen kann, die zwar wie die Regierungsparteien im Namen aller sprechen aber dieses dann auch tun

52 Lammers, Christiane: Das Programm „Kultur des Friedens“ in: Informationsstelle Wissenschaft & Frieden Dossier Nr. 21 Zivil handlungsfähig? – Beiträge zur »Culture of Peace«. 50 Jahre UNESCO <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-95/9541404m.htm> 13.09.05

anstatt zu versuchen, die eigene Ethnie auf Kosten der anderen zu stärken und zu etablieren. Dazu muss mit dem System der Ethnizität gebrochen werden und auch durch ein Umdenken zunehmend dafür sorgen, dass mehr ein Gefühl des Zusammengehörens existieren kann. Dass es möglich ist, die Leute aus ihrem Stamm zu lösen, hatte schon Erwera Glaut gezeigt, wo die Armee eine Institution ist, die über den einzelnen Ethnien steht. Dies zeigt sich auch in Indien, jenem Subkontinent, auf dem mehr Leute als in ganz Afrika leben und die Armee in Indien eine Institution ist, die das Kastenwesen überwinden konnte und sich dennoch als feste demokratische Institution sieht. Demnach ist die Armee im Land hoch angesehen. 84% der Inder vertrauen der Armee, hingegen aber nur 25% dem Parlament.⁵³ Wenn man die Rolle der Armee in Indien nun als Synonym für eine über den Ethnien stehende Institution betrachtet, die mächtig genug ist, ihre Unabhängigkeit und Integrität gegenüber dem Ethnozentrismus und seinen Anhängern etablieren und verteidigen zu können, so wäre schon für viele Staaten in Afrika südlich der Sahara ein großer Schritt getan, da es auf diese Weise schwerer für alle Akteure sein würde, alle Mittel des Staates nach der Machtergreifung in die Hände der eigenen Ethnie zu legen, womit wieder ein neuer Konflikt heraufbeschworen würde.

Nun nachdem man sich nun im Vorfeld mehr allgemein und doch im großen Rahmen, diese Problematik angeschaut hat, ist die Frage, wie kann man diese Entwicklungen an einem Fallbeispiel festmachen? Als Fallbeispiel dieser Arbeit ist der Konflikt in der Côte d'Ivoire genannt. Dort gab es bis zum April 2005 Unruhen. Erst ein von Südafrika ausgehandelter Kompromiss konnte die Lage stabilisieren. Denn neben hausgemachten Gründen hat der Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste, auf den das Land seit einem Putschversuch Mitte September 2002 unausweichlich zu zusteuern schien, auch eine regionale Dimension. Und hatte so die Gefahr, einer weiteren Destabilisierung Westafrikas vor Augen geführt.⁵⁴ Diese Dimension hat, wie nachher noch dargelegt, mit im Ethnozentrismus mit ihre Wurzeln. Genau so dient dieser Gegensatz auch als Katalysator in diesem Konflikt. Grund dafür war der jeweilige Ethnozentrismus der Führung des Landes, um sich so ihre Macht zu sichern.

53 Tharoor, Shashi: Eine kleine Geschichte Indiens, Frankfurt am Main & Leipzig 2005 S.335f

54 Jakobeit, Cord : Die postkoloniale (Fehl-)Entwicklung Afrikas – Grundlagenpapier

http://www.h-quandt-stiftung.de/root/index.php?page_id=678&cms_printversion=true&language=de

Ein Et und seine Folgen – Analyse der Situation in der Elfenbeinküste und Entwicklung eines Weges aus der Krise

Seit Mitte September 2002 ist die Republik Elfenbeinküste Schauplatz einer bewaffneten Auseinandersetzung, deren Hintergründe vielfältig sind. Und in dessen Verlauf Regierung und Rebellen sowie die ehemalige Kolonialmacht Frankreich als direkte Akteure verwickelt sind. Ob es sich bei den Ereignissen vom 19. September 2002 tatsächlich um einen Putschversuch handelte, wie die Regierung des Sozialisten Laurent Gbagbo und die Mehrzahl der westlichen Botschaften in Abidjan sagen, oder doch „nur“ um eine mit ungeheurerer Brutalität vorgetragene Militärrevolte ohne klar definiertes politisches Ziel, ist mehr als fraglich.⁵⁵ Seit Oktober 2000 regiert Laurent Gbagbo die Elfenbeinküste. Das politische System des seit 1960 von Frankreich unabhängigen Staates ist eine Präsidentialrepublik. Es existiert ein Einkammerparlament mit 225 Sitzen, dessen Wahl alle 5 Jahre stattfindet. Ebenfalls alle 5 Jahre ist die Direktwahl des Staatsoberhauptes. Das Wahlrecht ist für alle ab 21 Jahre.⁵⁶ Es existiert eine Allgemeine Wehrpflicht. Die Dauer des Dienstes beträgt 18 Monate. In Deutschland zum Vergleich sind es nur 9 Monate. Frankreich hat keine Wehrpflicht.⁵⁷ Die Streitkräfte betragen 17 050 Personen. Für Deutschland rechnet man mit 260.000 Mann, die nach einer Reform gebraucht werden.⁵⁸ Frankreich hat eine Armee von 245.000 Mann sowie eine erste Reserve von 100.000 Mann. Mit der Zweiten Reserve hätte Frankreich nach einer Mobilmachung noch mal 319.000 Mann.⁵⁹ Militärausgaben der Côte d'Ivoire belaufen sich auf 144 Mio. US-\$ (2003)⁶⁰

55 Scheen, Thomas: Krise in der Elfenbeinküste – Gefährdung für die Zukunft Westafrikas? file:///H:/AFRIKA/QUERSCHNITT&DIVERSES...EFERAT/SONDERBERICHTE/CI_KB_10_02.html

56 <http://www.spiegel.de/jahrbuch/0,1518,CIV,00.html#top> 23.01.05

57 Burmeister: Hat die Wehrpflicht eine Zukunft?, hrgs. Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages

58 Rühl, Lothar : Die Bundeswehr-Reform aus bündnispolitischer Sicht, aus: Politik und Zeitgeschichte (B 43/2000) http://www.bpb.de/publikationen/ULWMCI,0,0,Die_BundeswehrReform_aus_b%FCndnispolitischer_Sicht.html

24.01.05

59 Quelle zur Frankreichs Armee unter Globaldefence.net nachzusehen. Letzter Besuch 25.1.2005

und in Relation zum BIP auf 0,9 %. Im Vergleich dazu hat Deutschland 2005 einen 23,9 Mrd. Euro hohen Wehretat.61 Frankreich als „Ordnungsmacht der Region“, hat einen Wehretat von 31,07 Mrd. Euro (2003).⁶²

Der Staat hat eine Fläche von 322.460 km² bei 17.327.724 Einwohnern (CIA 2004). Die Bevölkerungsdichte beträgt 53,7 Einwohner pro km².⁶³

Im Jahr 2004 kam es jedoch zu einer Verschlechterung der Lage in der Elfenbeinküste. An dessen Ende kam es zu einer Intervention Frankreichs. Nachdem die Regierung den Waffenstillstand mit dem Rebellen gebrochen hatte, war Frankreich, nach eigener Aussage zu einer Intervention gezwungen. Nach dem Tod von mindestens neun französischen Blauhelmen hat Paris alle Maschinen der Luftwaffe der Elfenbeinküste zerstört.⁶⁴ Darauf kam es in der Hauptstadt des Landes zu Ausschreitungen gegen Frankreich. Empört über die Intervention Frankreichs und angeheizt von nationalistischen Parolen bewaffneten sich mehrere tausend Einwohner von Abidjan mit Macheten, Äxten und Knüppeln. UNO Generalsekretär Kofi Annan hat einen Tag vorher, am 5.11.2004 die Bombardierung der Stützpunkte der Rebellen durch die ivorische Luftwaffe scharf verurteilt.⁶⁵ Kurz vorher war die Regierungspartei von Staatschef Laurent Gbagbo die „Ivorische Volksfront“ (FPI) aus der Regierung ausgeschieden und versuchte den Konflikt in Côte d'Ivoire militärisch zu lösen. Der UN-Sicherheitsrat hat am 17.11.2004 einstimmig ein sofortiges Waffenembargo gegen Regierung und Rebellen in der Elfenbeinküste verhängt, das auch vom Krisengipfel der Afrikanischen Union (AU) in Nigeria unterstützt wurde. Falls sich die Konfliktparteien nicht bis zum 15. Dezember friedlich einigen, sind auch ein Einreiseverbot und das Einfrieren von Konten im Ausland vorgesehen. Über 5.000 europäische Ausländer sind bereits evakuiert worden.

Zu Beginn des Jahres 2004 sah es vorerst nach einer Entspannung der Lage in dem Westafrikanischem Staat aus. Ein noch unveröffentlichter UN Bericht beschreibt die Menschenrechtsverletzungen beider Konfliktparteien in dem afrikanischen Land.

60 Für die Elfenbeinküste: Ebenfalls unter Globaldefence.net nachzusehen. Letzter Besuch 24.1.2005

61 Für Deutschland:

<http://www.globaldefence.net/index.htm?http://www.globaldefence.net/deutsch/europa/deutschland/deutschland.htm> 24.01.05

62 Quelle: Globaldefence letzter Besuch am 24.1.2005

63 <http://de.wikipedia.org/wiki/Elfenbeink%C3%BCste> 25.01.05

64 SPIEGEL ONLINE - 07. November 2004, 13:27 Frankreich zerstört Luftwaffe der Elfenbeinküste
URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,326837,00.html>
24.01.05

65 Netzwerk Afrika: Aktuelle Ereignisse in der Elfenbeinküste

<http://www.netzwerk-afrika-deutschland.de/laender/elfenbeinkueste/info/index.shtml> 24.01.05

Doch trat eine Verschlechterung der Lage ein, gerade nachdem die ivoirische Seite unter Staatschef Gbagbo die eine Offensive durchführte um doch zu einem ihnen genehmen Ergebnis zu kommen. Der südafrikanische Präsident Mbeki hat eine „roadmap“ für Westafrika bei seinem 4 Tägigen Besuch von Côte d'Ivoire vorgelegt.⁶⁶ Ende Januar 2005 kamen die Staats und Regierungschefs der AU in Abuja (Nigeria) zusammen, um dort über die Lage in dem Land zu beraten. Ungefähr zur selben Zeit, hat die UN ihre schärfste Resolution in der Geschichte der UN verfasst. *„Ohne Vorwarnung sollen zukünftig die UN-Truppen und die französischen Eingreiftruppen in der Elfenbeinküste sämtliche Grenzposten, Häfen und Flughäfen durchsuchen und Waffen beschlagnahmen dürfen.“*⁶⁷

Europäische Kaufleute, voran die Portugiesen, erreichten ab dem 15. Jahrhundert die Küste. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts sicherten sich die Franzosen Handelsmonopole und errichteten 1843 in Grand Bassam ihren ersten Marinestützpunkt. Sie legten große Plantagen an und liessen in Zwangsarbeit, die erst 1945 abgeschafft wurde, das Verkehrsnetz ausbauen.⁶⁸

Bevor die Franzosen eintrafen, gehörte der Norden der heutigen Côte d'Ivoire zum Einflußbereich des Reiches Mali. Nach dessen Zerfall bildeten sich eigene Herrschaftsgebiete. Im 17. Jahrhundert bildete sich im Nordosten das Bouna Reich, im Westen das Kong Reich und im Nordwesten das Malinke Reich. Der Osten gehörte im 18. Jahrhundert der Aschantikonföderation an. Im 17. Jahrhundert errichteten die Franzosen erste Handelsniederlassungen. 1842/43 erwarben die Franzosen den Küstenbereich der Elfenbeinküste und errichteten den Marinestützpunkt Grand-Bassam. 1887/89 schloß Frankreich mit den Reichen im Norden Protketoratsverträge ab und errichteten 1893 die Kolonie Elfenbeinküste. 1898 wurde der Norden der heutigen Elfenbeinküste, darunter das Kong Reich, erobert. Bis 1913 setzten sich die Franzosen im ganzen Gebiet durch und errichteten eine Verwaltung. Bereits 1895 erfolgte die Eingliederung der Kolonie Elfenbeinküste in die französische Föderation Westafrika. Nach dem Zweiten Weltkrieg kommt es vermehrt zu Unabhängigkeitskämpfen. 1956 erhielt die Elfenbeinküste die innere Selbstverwaltung und 1958 stimmte die Elfenbeinküste dem Beitritt zur

66 <http://www.dfa.gov.za/docs/2005/ivor0106.htm> 24.01.05

67 taz Nr. 7579 vom 1.2.2005, Seite 10

68 <http://www.westafrika.de/lal-geschichte.htm> 25.01.05

Französischen Gemeinschaft zu. Die Elfenbeinküste erhielt nun weitgehende Autonomie. Am 07.08.1960 wurde die Unabhängigkeit proklamiert.⁶⁹

Felix Houphouët-Boigny, der seit der Unabhängigkeit, bis zu seinem Tode 1993 Staatspräsident (bis 1990 auch Regierungschef) war. Houphouët-Boigny, der Gründer der Einheitspartei "Parti Democratique de Côte d'Ivoire" (PDCI), verfolgte eine prowestliche Politik. Er verfügte auch, dass die "Elfenbeinküste", so benannt nach ihrem einst wichtigsten Exportprodukt, seit Ende der 1980er Jahre nur noch mit dem französischen Kolonialnamen Cote d'Ivoire bezeichnet werden darf. Unruhen unter der Bevölkerung führten dazu, dass 1990 ein Mehrparteiensystem sowie das Amt des Ministerpräsidenten eingeführt wurden. Die prowestliche und marktwirtschaftlich orientierte Politik des Präsidenten Felix Houphouët-Boigny machte aus Cote d'Ivoire einen der reichsten Staaten Westafrikas und führte zu politischer Stabilität.

Nachfolger Houphouët-Boignys wurde 1993 Henri Konan Bédié (PDCI). Die von der Opposition boykottierten Wahlen im Oktober 1995 bestätigten Bédié im Präsidentenamt. Eine Änderung der präsidentialen Verfassung von 1960 verlängerte 1998 die Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre und stärkte seine exekutiven Befugnisse.

Der Verfall der Kakaopreise führte 1999 zu wirtschaftlichen Krisenerscheinungen. Im Dezember 1999 wurde Bédié, der oppositionelle Kreise zunehmend unterdrückt hatte, in einem unblutigen Putsch vom Militär unter Führung von General Robert Guei gestürzt. Das Land fiel damit in eine tiefe Krise. Unter dem Schlagwort "Ivoirite" kam es zu xenophoben Tendenzen und zur Diskriminierung der im Norden des Landes ansässigen Ethnien. Im Jahre 2000 gewann Laurent Gbagbo Präsidentschaftswahlen, von denen der wichtigste Oppositionskandidat (Alassane Ouattara) ausgeschlossen worden war. Der andauernde Streit darum, wer ein wahrer "Ivoirer" sei und wer nicht, führte schliesslich 2002 zu einem bewaffneten Aufstand gegen Gbagbo, und zu der aktuellen Krise.

Houphouët-Boigny hat trotz aller seiner Versuche, sich hinter täuschenden Reden zu verbergen, einen puren Tribalismus praktiziert. Und das schon 1958, als er in Reaktion auf das von De Gaulle vorgeschlagene Referendum die Unabhängigkeit mit großem Getöse ablehnte, gleichzeitig aber eine ultranationalistische Kampagne gegen das Projekt eines föderativen Systems für die Kolonien anführte. Sein Motto lautete: "Die Elfenbeinküste will nicht die Milchkuh von Französisch-Westafrika (AOF)

69 <http://mitglied.lycos.de/chsiemer/wappen/afrika/elfenbeinkueste.htm> 25.01.05

sein." Das hiermit aufgestachelte Gefühl, die Reichtümer der ivorischen Kolonie könnten auf Kosten der Ivorer von Fremden ausgebeutet werden, entlud sich 1958 - angeführt von Pepe Paul, einem Vertrauten Houphouët-Boignys, der heute eine Partei der extremen Rechten anführt - in gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Dahomeyaner, denen die Besetzung wichtiger Positionen im Bildungswesen vorgeworfen wurde.

Diese ausländerfeindlichen Angriffe führten zur massenhaften Flucht der brutal verfolgten und grundlos ausgeplünderten Dahomeyaner - ein Exodus, der an den der 12.000 Burkiner erinnert, die im November 1999 nach blutigen Gemetzeln aus der Elfenbeinküste vertrieben wurden. Auch sie waren Opfer einer fremdenfeindlichen Kampagne, die von der Regierung Henri Konan-Bédiés unter Berufung auf die "Ivoirité" und den Vorrang der eigenen Nation angezettelt wurde.

Viele Ivorer aus dem Norden beklagen regelmäßig, man stelle ihnen wegen "fremder" Anklänge in ihrem Namen keine Papiere aus oder weigere sich, sie in die Wählerlisten einzutragen. Solche Erfahrungen führen zu einem Riss zwischen dem Norden und dem Süden und verstärken bei der Bevölkerung der nördlichen Regionen das Gefühl, aus der Nation ausgeschlossen zu sein. Auch die Benachteiligung dieser Volksgruppen ist ein giftiges Erbe von Houphouët-Boigny und seiner ungleichen Behandlung der Religionen. So fühlten sich etwa die Muslime, die im Lande die Bevölkerungsmehrheit stellen, durch die bevorzugte Behandlung zurückgesetzt, die der "Vater der Nation" der christlichen Religion angedeihen ließ.

1990 wurde die Gründung des Front Populaire Ivoirien (FPI) unter der Führung von Laurent Gbagbo, eines Bete, als politische Artikulation der benachteiligten Bete-Gruppe wahrgenommen, die lange Zeit unter der herrschenden Akan-Gruppe gelitten hatte, der die Präsidenten Houphouët-Boigny und Konan-Bédié entstammen. Das Regime diffamierte den FPI prompt als "gewalttätige Bete-Partei" und beschuldigte dessen Führer der Subversion und der Verschwörung.⁷⁰

Im September 2002 erhob sich ein Teil der Armee gegen die Regierung und brachte die nördliche Hälfte des Staates unter ihre Kontrolle. Sie halten auch die zweitgrößte Stadt des Landes, Bouaké. Diese Entwicklung hat ihren Hintergrund auch in ethnischen Spannungen, in Côte d'Ivoire leben viele aus den angrenzenden Staaten eingewanderte Menschen. Es ist aber auch ein Konflikt um den Zugang zur

70 COULIBALY, TIEMOKO : Elfenbeinküste: Warten auf die Zivilgesellschaft
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Elfenbeinkueste/hintergrund.html> 25.01.05

Ressourcen.

Im Verlauf des in der Côte d'Ivoire im September 2002 ausgebrochenen Bürgerkriegs haben xenophobe – oder besser vielleicht: heterophobe – Ausschreitungen neue Höhepunkte erreicht. GastarbeiterInnen, insbesondere aus Burkina Faso und aus Mali, aber ebenso die Angehörigen von Ethnien aus dem Norden des Landes werden – zum Teil durchaus systematisch – belästigt, verfolgt, umgebracht, vertrieben. Die hier zutage getretenen tiefen Risse im Gesellschaftsgefüge sind Ergebnis einer Exklusionspolitik, die seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre von und unter den Präsidenten Bédié, Gueï, und jetzt Gbagbo betrieben wird. Die Anfänge ethnischer Politik und Ausgrenzung reichen in die frühen Zeiten der Unabhängigkeit zurück. Der ökonomische Aufschwung des Wirtschaftswunderlandes ließ es zu, die Verteilungsprobleme lange hintanzustellen. Als der zu verteilende Kuchen in den 1980er Jahren zu schrumpfen begann, wurde es dringlicher, "Andere" von seinem Verzehr auszuschließen. Im Herzen der zunehmend unverschämt betriebenen Politik der Exklusion befindet sich das Konzept der Ivorität.⁷¹

Unter Vermittlung Frankreichs wurde eine „Regierung der nationalen Versöhnung“ gebildet. Diese stellte sich jedoch als brüchig heraus und wurde von den Vertretern des Nordens im September 2003 wieder verlassen. Am 26. März 2004 erklärte die Opposition nach blutigen Auseinandersetzungen am Vortag ihren Rückzug aus der Regierung der Nationalen Einheit. Eine im Rahmen des Friedensprozesses geplante Entwaffnung kam nicht zustande.

Im Auftrag der UNO wurden zur Trennung der Rebellen im Norden und dem südlichen Landesteil mehr als 6300 Blauhelme im Land stationiert. Zusätzlich sind etwa 4500 französische Soldaten im Land. Letztere agieren ebenfalls im Auftrag der UNO, waren aber schon vor der Krise in Cote d'Ivoire stationiert. Frankreich hat in diesem Land seinen größten afrikanischen Stützpunkt.

Anfang November 2004 eskalierte die Situation neuerlich. Am 4. November begannen die Regierungstruppen Luftangriffe auf Ziele im Norden des Landes.

71 Lanier, Günther: Exklusion als Leitmotiv ivoirischer Politik: Hintergründe, Wurzeln, Parallelen http://www.univie.ac.at/ecco/stichproben/Nr5_Lanier.pdf

Gleichzeitig wurden in Abidjan Büros von Oppositionsparteien und unabhängigen Zeitungen verwüstet. Am dritten Tag der Luftangriffe kamen 9 französische Soldaten ums Leben. Als Reaktion darauf wurde von den französischen Streitkräften die gesamte Luftwaffe (2 Kampfflugzeuge, 5 Kampfhubschrauber) Côte d'Ivoire binnen eines Tages vernichtet. Letzteres wurde von der UNO nachträglich für gerechtfertigt erklärt.⁷²

Mitte November 2004 hatte Frankreich bereits 5200 Soldaten im Land. Weitere Verstärkungen sind im Anmarsch. Zu diesem Zeitpunkt sind bereits rund 1600 "französische" Zivilisten (zum Teil mit 2 Staatsbürgerschaften) evakuiert worden. Sie berichteten von Dutzenden von Plünderungen und Vergewaltigungen durch einen entfesselten Mob. Todesopfer gab es unter den Zivilisten keine. Allerdings werden noch 2 Personen vermisst. Die Angaben über Opfer unter den schwarzen Bürgern Cote d'Ivoires schwanken zwischen 25 und 70 Toten sowie mehr als 1000 Verletzten. Diese Personen wurden meist Opfer der Luftangriffe der Regierungstruppen oder wurden bei Auseinandersetzungen mit der französischen Armee - die sich selbst und die Ausländer schützte - im Rahmen von Massendemonstrationen oder Plünderungen in Mitleidenschaft gezogen.

Die "Rebellen" im Norden halten zwar weiterhin still, der Friedensplan ist aber dennoch in einer schweren Krise. So sollte ihm zufolge die Entwaffnung der Truppen des Nordens bereits im Gange sein. Tatsächlich ist dem aber nicht so. Letztlich ist wohl ein Ursprung der neuerlichen Eskalation genau darin zu sehen. Dem südlichen Landesteil unter Gbagbo wiederum wird vorgeworfen, die Teilung der Macht nicht wirklich zu wollen. Gbagbo destabilisiere die Lage seit längerem unter anderem mit Aufrufen zu Hass und Gewalt via TV und Radio. Bis 15. November wurden rund 6000 Ausländer via Luftbrücke evakuiert.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 15. November 2004 ein Waffenembargo gegen Cote d'Ivoire verhängt. Davon sind sowohl der südliche als auch der nördliche Landesteil betroffen. Außerdem wurde ein Reiseverbot über die Mitglieder der jeweiligen Führungen beider Landesteile verhängt und deren Auslandskonten eingefroren. Das Waffenembargo tritt sofort in Kraft, die anderen Maßnahmen erst am 15. Dezember, und nur dann, wenn bis dahin der Waffenstillstand nicht vollständig wiederhergestellt ist. Alle Maßnahmen sind *vorerst*

72 SPIEGEL ONLINE - 07. November 2004, 13:27 Frankreich zerstört Luftwaffe der Elfenbeinküste
URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,326837,00.html>
24.01.05

auf 13 Monate befristet.

Gründe für die Eskalation der Lage

Die Frage die man sich jetzt stellen muss ist, wie ist es dazu gekommen? Wie konnte die Lage eskalieren und wieso hat es sich überhaupt so entwickelt? Wie konnte dieser Staat der am stabilsten in Westafrika war in solch eine Krise schlittern? Eine Krise die zu einem Bürgerkrieg führte und in welchen nun auch die Großmächte vor allem Frankreich und die USA verwickelt sind.

40% der Bevölkerung im Staat sind Moslems. Sie sind im Norden des Landes in der Mehrheit. Jedoch wird die Elite des Landes mehrheitlich von Christen gestellt. Die Christen machen 28% aus. 32% der Bevölkerung werden von Naturreligionen gestellt.⁷³ Der erste Präsident Houphouët-Boigny war ebenfalls Christ. Es ist kein Zufall, dass die größte Kirche der Welt die Basilika Notre Dame de la Paix in Yamoussoukro, der Hauptstadt der Elfenbeinküste ist. Sie wurde 1989 fertig gestellt und soll umgerechnet 141 Mio. Euro gekostet haben. Ihre Gesamtfläche beträgt 30.000 Quadratmeter, und es gibt Sitzplätze für 7.000 Menschen. Einschließlich des goldenen Kreuzes beträgt die Gesamthöhe 158 Meter.⁷⁴ Warum es de facto „2 Hauptstädte“ im Land gibt, ist mit dem Tribalismus erklärbar. So stammte H. Boigny aus Yamoussoukro. Abidjan die jetzt nur noch ökonomische Metropole des Landes, wurde vor allem durch Frankreich entwickelt. Franzosen haben diese nach dem Vorbild von Paris ausgebaut. Der Norden wurde politisch, wie ökonomisch ignoriert. Man hat den Norden nur als Anbaugebiet für Kakao genutzt. Die Muslimische Bevölkerung wurde von Eliten vor allem als Arbeiter auf den Plantagen genutzt. Politische wie andere Rechte hatten sie nicht. Das Land wurde vor allem von den christlichen Eliten dominiert, die trotz Unabhängigkeit im kalten Krieg gute Bindungen zum Westen pflegten, wie schon oben erwähnt.

Während im Süden die Infrastruktur, Autobahnen, Eisenbahnlinien, Häfen etc. modernsten Standards entsprechen, so gibt es eine Autobahn von Abidjan nach

73 Quelle: Dossier Elfenbeinküste
<http://www.globaldefence.net/index.htm?http://www.globaldefence.net/deutsch/afrika/elfenbeinkueste/dossier.htm> 25.01.2005

74 Guinness Buch der Rekorde

Yamoussoukro, ist der Norden unterentwickelt. Seine Nachfolger haben an dieser Lage auch nichts geändert. Die Präsidenten die bis jetzt gefolgt sind, sind alle Christen. Henri Konan-Bédiés der Zweite Präsident des Landes, führte diese Politik weiter, genau wie alle Präsidenten die folgten. Durch diese Vernachlässigung des Mehrheitlich moslemischen Nordens, kam es im Land zu sozialen Spannungen, die von der Regierung noch weiter gefördert wurden, indem man Leute aus dem Norden so gut wie es ging, aus der Politik fernhalten wollte. So wurde Alassane Dramane Ouattara, ehemaliger Premierminister unter H. Boigny, von den Wahlen ferngehalten. Durch Veränderung des Wahlgesetzes, so dass statt wie früher, man nur ein Elternteil mit Abstammung aus dem Staat brauchte, um als Präsident zu kandidieren, so wurde es nun auf beide Elternteile ausgedehnt. Dieses Vorgehen ist nicht neu. Erst im Jahr 455/4 v. Chr. wird Perikles das erste mal als Strategie genannt. Mit seinem Namen verbindet sich eine erfolgreiche Expedition gegen Sikyon auf dem nördlichen Peloponnes. So hat Perikles im Jahr 451 v.Chr. das Staatsbürgerschaftsrecht geändert, um seinen Rivalen Kimon aus zuschalten. In diesem Jahr bringt er ein Gesetz ein, wonach nur der ein Athener ist, dessen beide Eltern athenisches Bürgerrecht besitzen.⁷⁵ Auch in der Guébie-Krise 1970 ging es um die politische Vormachtstellung der Baoulé, die damals von den Bété in Frage gestellt wurde. Unter Berufung auf Artikel 7 der Verfassung forderte Kragbe Gnagbe, der aus der Provinz Guébie stammte, vom Präsidenten die Zulassung einer Oppositionspartei. Houphouët-Boigny erklärte Kragbe zum Sezessionisten und überzog die Bété-Siedlungsgebiete mit gnadenloser Repression, der schätzungsweise 4 000 bis 6 000 Menschen zum Opfer fielen. Die Überlebenden sprechen bis heute vom "Völkermord in Guébie" und fordern nachträglich eine juristische Aufarbeitung wie auch eine Entschädigung. In dieser Ära war die Macht der Baoulé (auch Akan genannt) auf ihrem Höhepunkt angelangt. Ihre Ideologie, die von den übrigen Bewohnern der Elfenbeinküste "Akanité" oder auch "Sefonisme" genannt wurde, sprach den Akan die alleinige Befähigung zur Führung des Landes unter Ausschluss aller anderen Ethnien zu.⁷⁶

75 Büsch, Kristian: Perikles und die attische Demokratie
<http://www.wenjuckts.de/archaeologie/archaeology/pericles.htm>
25.01.2005

76 Coulibaly, Tiemoko: Bürgerkrieg im Namen der Ivoirité in: TAZ 15.11.2002 / Monde diplomatique, 11/2002

Jetzt ist die Sache nicht so, dass nur innerhalb des Landes die politischen Kräfte um die Macht ringen. Natürlich ist in diesem Konflikt, wie in jedem Konflikt, ein Interesse der Nachbarstaaten gegeben. Jeder Staat ist in irgendeiner Form in diesem Konflikt involviert. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und der Auflösung die Blöcke verlor Doe seinen Bündnispartner, die USA, wonach Charles Taylor und die NPFL (National Patriotic Front of Liberia) Ende 1989 den richtigen Zeitpunkt für einen Angriff auf die Regierung gekommen sahen. Der Rebellenführer nutzte damals die Elfenbeinküste als Aufmarschgebiet. Der ehemalige Staatschef Robert Guei gehörte wie Taylor zum selben Stamm an. So hatten beide der „Tribalistschen Idee“ nach die selben Interessen und waren „natürliche“ Bündnispartner. Seit der Machtübernahme von Taylor wurden von verschiedenen Seiten Rachepläne geschmiedet. Das Anliegen der LURD⁷⁷ war, mit allen Mitteln den Staatschef zu stürzen, um die Kontrolle über den Diamanten- und Edelholzhandel gewinnen. UNO- Berichten zufolge verfügte die LURD über ein beträchtliches Waffenarsenal, das sie über Guinea und die Elfenbeinküste beziehen konnten. Erst als Taylor sich in die Krise an der Elfenbeinküste einmischte, wendete sich das

Blatt: Der amtierende Präsident der Côte d'Ivoire, Laurent Gbagbo, unterstützte die MODEL, („Bewegung für Demokratie in Liberia“ die seit 2002 aktiv ist und die sich als zweite Front im Osten gegen Taylor formierte. Anscheinend wartete die internationale Gemeinschaft ab, ob LURD oder MODEL Taylor lynchen oder sich die beiden Parteien gegenseitig abschlachten würden. Mit dem Entsenden einer Friedenstruppe wurde jedenfalls lange gewartet, während die Zivilbevölkerung litt. Seuchen grassierten, die gesamte Versorgung war zusammengebrochen.⁷⁸

Natürlich ist so ein Konflikt, der auch regionale Auswirkungen hat, nicht ohne zumindest indirekter Beteiligung der „Großmächte“. Auch, wenn man völlig wertneutral an die Sache heran geht, so kann man feststellen, dass die „Großmächte“ in irgendeiner Form natürlich präsent sind. Frankreich hat als ehemalige Kolonialmacht natürlich eine kapitale Rolle in diesem Konflikt. Es hat unabhängig von der UNO zu den im Land dauerhaft stationierten 4600 Mann, inzwischen auf

77 Liberians United for Reconciliation and Democracy/ Miliz Vereinigte Liberianer für Versöhnung und Demokratie

78 Müller, Verena: Liberia http://www.dias-online.org/pdf/LStudien/Liberia_2004.pdf 25.01.2005

5200 Mann aufgestockt. Darunter 600 Fremdenlegionäre, die die Elitentruppen Frankreichs darstellen.⁷⁹ Somit ist Frankreich den 17 050 Soldaten der Elfenbeinküste, Aufgrund ihrer qualitativen Überlegenheit weit überlegen und können nach der Ausschaltung der ivoirischen Luftwaffe unbehelligt operieren. De facto stellt die ivoirische Armee jetzt für die Franzosen keine große Gefahr mehr da. Das Interesse Frankreichs besteht darin, dass das Land weiter stabil bleibt. Ein Interesse ist die Ökonomie. Die Elfenbeinküste stellt 43% des Weltmarktes an Kakao. Der Anteil des Kakaohandels am BIP des Landes beträgt 10%. Knapp ein Drittel der 17 Millionen Einwohner lebt direkt oder indirekt von der Kakaoindustrie. Das Handelsvolumen des Kakao beträgt nach Schätzungen der New Yorker und Londoner Börse im Durchschnitt 21 Mrd \$ (16,2 Mrd €).⁸⁰ Es sind aber nicht das Ausschlaggebende Argument, wieso sich Frankreich so stark in dem Land involviert hat. Das Land hat eine große französische Minderheit, die seit der Kolonialzeit dort leben und so immer noch eine große Bindung zwischen der ehemaligen Kolonie und dem Mutterland darstellen. Von den ehemals ca. 30.000 Franzosen leben heute nicht mehr als 15.000 im Land, viele davon aufgrund familiärer Beziehungen. Auch ist Côte d'Ivoire das Zentrum der französischen Aktivitäten in der Region. Die Côte d'Ivoire ist der erste Abnehmer und Lieferant für Frankreich. 25% des im Lande investierten ausländischen Kapitals ist französischer Herkunft (Energie, Agroindustrie, Telekommunikation, Baugewerbe, Handel).⁸¹ Die Währung des Landes der **CFA-Franc** (frz. *Communauté Financière Africaine*), war an den französischen Franc gekoppelt. Die französische Zentralbank und nicht die EZB, hat aber bis heute einen großen Einfluss. 14 Länder in Afrika haben heute eine gemeinsame Währung geschaffen. Die meisten dieser Länder waren ehemalige Französische Kolonien. Die **Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion** (frz. *Union économique et Monétaire Ouest Africaine*, abgekürzt **UEMOA**) ist ein Zusammenschluss von acht westafrikanischen Staaten: Benin, Côte d'Ivoire, Niger, Burkina Faso, Senegal, Togo, Mali und Guinea-Bissau) . Dies ist ein strategischer Punkt für die ehemalige Kolonialmacht, um sich mit *soft power*, um den Begriff von Nye zu benutzen, weiter zu erhalten. Auch wenn Frankreich nicht mehr direkt die Staaten beherrschen konnte, so versuchte es sich auf allen Gebieten weiter einen

79 Scheen, Thomas: Schwere Kämpfe in der Elfenbeinküste FAZ.net 8.11.2004
<http://www.faz.net/s/Rub28FC768942F34C5B8297CC6E16FFC8B4/Doc~EC80680E22A2E49CB B4606EF738908CEE~ATpl~Ecommon~Scontent.html> 26.01.2005

80 SpiegelOnline Wirtschaft vom 8.11.2004 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,326995,00.html> 26.01.2005

81 Auswärtiges Amt: Côte d'Ivoire Außenpolitik

großen Einfluß zu erhalten. Westafrika war für Frankreich ein Hinterhof, so wie es Südamerika in den Augen der US Strategen und Politiker ist. Der Sitz der Zentralbank die BCEAO (frz. *Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest*) mit Hauptsitz in Abidjan hat. Hier sieht man schon wie wichtig dieses Land für Frankreich ist.

Jedoch ist Frankreich nicht der einzige große Akteur auf dem Gebiet. So gab es zwar schon während des Kalten Krieges eine Rivalität zwischen Frankreich und den USA. Jedoch ist diese Frage nach Ende des Kalten Krieges aktueller denn je geworden. So sehen die USA die EU und hier vor allem den „Motor der Union“ Deutschland und Frankreich als potentielle Rivalen. So versuchen die USA alles, dass Deutschland entgegen dem Wunsch Frankreichs nicht als ständiges Mitglied, mit Vetorecht in den UN Sicherheitsrat aufgenommen wird. Frankreich muss man anders Schwächen, da es im Gegensatz zu Deutschland einen festen Platz im System des Sicherheitsrates einnimmt. Jedoch ist die Sphäre Frankreichs in Afrika leichter zu erschüttern, als die Sphäre Deutschlands in Osteuropa. Zbigniew Brzezinski stellt es in seinem Buch *„Die einzige Weltmacht“* dar. In der Zeit nach dem 11ten September 2001 und vor allem während des Irak Krieges, hat die USA mehr und mehr mit einer Rivalität aus Seiten der EU und vor allem von Deutschland und Frankreich zu tun. Diese 2 Staaten sehen sich als „Zugpferd“ der Integration Europas, nicht mehr nur auf ökonomischen, sondern auch mehr und mehr auf militärischem Gebiet. So entwickelt sich auf der anderen Seite des Atlantiks sich peu a peu eine neue Macht, die sich daran macht den USA auch auf militärischem Gebiet zu einem gleichberechtigten Partner zu etablieren. So wird zwar laut einer Analyse der Informationsstelle Militarisierung e.V. aus dem Jahr 2004, darauf hingewiesen, dass *„(...)der Absicht eines Rüstungswettlaufs von europäischer Seite insbesondere von Deutschland und Frankreich widersprochen wird“*⁸², aber die Taten eine andere Sprache sprechen. So sind die USA mehr und mehr auch an Afrika interessiert. Je mehr sie im Nahen Osten und in Südamerika, in ihren traditionellen Gebieten gegenüber, vor allem den Europäern an Einfluss verlieren, so versuchen sie es nun in Afrika zu kompensieren. Frankreich und in zweiter Reihe die EU hatten in Afrika lange Zeit eine Monopolstellung die von den USA nicht angetastet worden waren. Doch nun nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Ende der Kooperation zwischen den USA und der EU hat Afrika für die USA einen neuen Stellenwert gewonnen. So hat die US

82 Lühr Henken, EU: Weichenstellung zur Supermacht? Sicherheitsstrategie – Verfassung – „Battlegroups“ IMI-Analyse 2004/035, ISSN 1611-213X

Administration seit Clinton in Afrika verstärkt um Wirtschaftskooperationen, zwischen den USA und den afrikanischen Staaten geworben. Hier prallen die USA aber auf die Interessen der EU, die nicht ihre Marktanteile in der Region an die USA verlieren wollen. Zwischen dem Jahr 2000 und 2002 haben die USA mehr und mehr Öl aus dem subsaharischem Afrika importiert. Vor allem aus Nigeria. Präsident Bush hat sich bis zum Jahr 2002 schon zweimal mit afrikanischen Führern getroffen, von denen die meisten aus West- und Zentralafrika stammen. Es wurde ein breites Spektrum von Problemen diskutiert, die von Korruption und Investitionen zur Aidsbekämpfung bis zur Lösung von Konflikten reichten.⁸³ Afrikas Rohöl macht momentan 15% des gesamten Ölimports der USA aus, und dieser Anteil wird weiter steigen. Nigeria, der größte Ölproduzent unter den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, ist weltweit der sechstgrößte Erdölexporteur mit einem Tagesausstoß von 2,2 Mio. Barrel. Es rangiert an 5. Stelle des Erdölexports in die USA, die pro Tag 900 000 Barrel aus Nigeria importieren. Es wird erwartet, dass Nigeria bis zum Jahr 2007 einen Tagesausstoß von 3 Mio. Barrel haben wird. Angola hat einen Tagesausstoß von nahezu 1 Mio. Barrel und dieser Tagesausstoß wird sich bis zum Jahr 2007 wahrscheinlich verdoppeln, womit es der neuntgrößte Erdöllieferant der USA sein wird. Äquatorial-Guineas Erdölausstoß steigt ebenfalls in großem Maße, und die vor kurzem entdeckten Off-Shore-Erdölressourcen haben weltweit die Aufmerksamkeit von Erdölgesellschaften erregt. Das größte Investmentprojekt der USA in dieser Region ist die 660 Meilen lange Transportpipeline zwischen dem Tschad und Kamerun mit einem Wert von 3,5 Mrd. US\$, die im Jahr 2004 fertiggestellt werden soll. Bis dahin wird der Tagesausstoß des Tschads 225 000 Barrel erreichen. Erdöl ist ebenfalls im Kongo, in der Elfenbeinküste, in Namibia und Mauretanien entdeckt worden. All dies ist für die USA von großem Interesse.⁸⁴ Die USA versuchen durch Entwicklungshilfe und durch Etablierung von Militärstützpunkten in Westafrika, bei den afrikanischen Staaten als Partner einen Fuß in die Tür zu bekommen. Für diese Länder ist es auch attraktiv. Denn im Gegensatz zum Nahen Osten, sind die USA in dieser Region ein unbeschriebenes Blatt und man hofft, die USA als Helfer in der Emanzipation gegenüber Frankreich und dem Wiedererstarken Frankreichs mit Hilfe der EU in der Region. So werden es die Regierungen der Region es mit Freude gesehen haben, wie im Irak Krieg, sich der Konflikt zwischen den USA und der

83 Somerville, Keith: Auf der Suche nach sicherem Öl blicken die USA nach Afrika aus Artikel 6: Zeit-Fragen Nr. 39 vom 23. 9. 2002

84 Yan, Dai: Die USA werfen ein gieriges Auge auf Westafrikas Erdöl <http://www.bjrundschau.com/World/2003.01-world-1.htm> 15.12.05

„Grande Nation“ verschärft hat und es de facto zu einem Bruch zwischen den USA und Frankreich gekommen ist.

3. Wie kann man die Krise in Côte d'Ivoire lösen?

Nun nachdem man die Ursachen und die Interessen der verschiedenen Parteien in dieser Krise analysiert hat, stellt sich die Frage wie man diese Krise lösen kann, so dass es wieder zu einem stabilen und friedlichen Land kommen kommt.

Alle beteiligten Parteien der Krise sollten an einen Tisch kommen. Auf Basis des Marcoussis Abkommens vom 24.01.2003 sollte man an einer erneuten Lösung arbeiten, u.a. war die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und Neuwahlen für das Jahr 2005 vorgesehen. Überwacht werden sollte dieses Abkommen mit einer Multinationalen UN Truppe, die Vertrauen von allen Seiten hat. Eine Auflösung aller Truppen die auf Tribalistischen Motiven beruhen, wäre ein nächster Schritt. Dies sollte so schnell wie möglich bis maximal ein Jahr erfolgen. Die UN Truppe sollte bis dahin in der Lage sein, das Gewaltmonopol vorerst zu übernehmen. Der Friedensprozess sollte von der UN überwacht werden. Vor allem die Afrikanische Union (AU) sollte ähnlich wie in Dafur eine tragende Rolle in diesem Konflikt übernehmen. Gleichzeitig sollte ein 10Jahres Plan entwickelt und umgesetzt werden, um das ökonomische Ungleichgewicht des Landes zu beheben.

Es sollte ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, so dass der Minderheitenschutz gewährleistet wird. In die Verfassung sollte fest geschrieben werden, dass Norden wie Süden gleichberechtigt sind. Die Frage Ivoirité sollte nicht mit der Abstammung verbunden sein. Der Staat sollte sich dazu verpflichten sich aus der Religion heraus zu halten. Alle Parteien verpflichten sich auch in Zukunft nicht religiöse Fragen mit Hilfe des Staates zu lösen. Die Trennung von Staat und Kirche sollte verbindlich für alle Seiten sein.

Die religiösen Führer des Landes sollten ebenfalls zu einer Deeskalation beitragen. Dazu sollten sie vor allem das Motiv der Versöhnung zwischen den Religionen betonen. Auch historische Beispiele, wie aus der „Blüte des Islams“, wo die muslimische Welt führend war, sollten betont werden. Dabei sollte jedoch heraus

gestrichen werden, dass es gerade die Toleranz unter den islamischen Herrschern und der islamischen Gesellschaft war, die den Orient zu einem entwickelten Kulturkreis machte. Europa, das zu dem Zeitpunkt von Fanatismus und Intoleranz geprägt war, war hingegen auf kulturellem, ökonomischen, sowie politischem Gebiet den orientalischen Nationen, wie auch China weit unterlegen. Erst nachdem sich Europa mehr und mehr von den geistigen Fesseln befreit hatte und bereit war von anderen Kulturen zu lernen, waren sie in der Lage dieses Manko zu beheben und zu einer „dominierenden“ Position⁸⁵ zu gelangen.

Der Schlüsselfaktor für jegliche Veränderung liegt in der Jugend. Jugendliche sind leicht für Veränderungen zu gewinnen. Es liegt in der Natur der jungen Menschen, dass sie bestehende Systeme hinterfragen und Veränderungen fordern. Studenten sind das schlimmste was einem Diktator passieren kann. Nicht umsonst sind Universitäten immer ein Hort von revolutionären Bewegungen gewesen. Als aktuellstes Beispiel sind die Ukraine zu nennen, wo die Universität in Lviv mit einer der größten Hochburgen von Juschtschenko gewesen. Auch in Kiew sah man unter den Anhängern der „orangenen Revolution“ viele junge Menschen, die man bei der Gegenseite nicht sah. Auch war es kein Zufall, dass der Anteil der Jugendlichen in den 70iger Jahren im Iran stark anstieg und damit die starke Kritik am Regime des Schahs einher ging.⁸⁶ Den Jugendlichen sollte eine Möglichkeit geboten werden, dass sie sich frei informieren und artikulieren können. Hierzu können die neuen Medien wie Handys und Internet eine große Rolle spielen. Gerade bei den jüngsten politischen Umstürzten konnte man sehen, wie diese Medien mehr und mehr an Gewicht gewonnen hatten. Dem politischen Willen nach Veränderung der jungen

85 Europa oder besser gesagt das Abendland, war im Mittelalter dem Orient weit unterlegen. Durch Verbannung der antiken Philosophen, wie Aristoteles und Platon hatte sich die christliche Welt von Denken der Antike verabschiedet. Die spätrömischen Kaiser ließen die Bibliotheken schließen und man verbannte die Konkurrenz der jungen Staatsreligion aus dem geistigen Leben der christlichen Gesellschaften. Zwar ließ Byzanz nicht wie das weströmische Reich die Bücher vernichten, jedoch wurde auch hier sich nicht mit der Philosophie der Antike beschäftigt. Die geistige Welt der griechischen Antike ist uns durch persische, wie arabische Toleranz überliefert. So ließen zuerst die Sassanidenherrscher die Werke griechischer Autoren zu und ins persische Übersetzen. Diese Werke wurden dann von den Arabern bzw. von der islamischen Welt nach dem Ende der Sassaniden aufgegriffen und dann mit der Übersetzung ins Arabische dem ganzen arabisch-islamischen Kulturkreis zugänglich gemacht. Mit dem know-how der Antike konnte sich die arabisch-islamische Welt weiterentwickeln, während die christliche Welt stagnierte und sich sogar zurück entwickelte. Natürlich sind noch andere Faktoren die Ursache, aber nicht desto trotz hat die Verbannung des geistigen Erbes der Antike Europa um einiges zurück geworfen. Erst nachdem man von den Arabern die griechischen Philosophen und das Wissen der Antike neu entdeckt hatte, konnte sich mit dem Humanismus beginnend in Europa wieder neuer Schwung einkehren und Europa und der Westen gewann seine bis heute andauernde starke Stellung.

86 Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen, München 1998

Menschen, sollte durch kulturelle Ereignisse, wie Theater und Sport, gefördert werden. So kann man das politische Klima nachhaltig positiv verändern. Das wichtigste ist, dass die jungen Menschen miteinander in Kontakt kommen und sich austauschen können.

Die internationale Gesellschaft sollte Druck auf die Nachbarstaaten der Elfenbeinküste ausüben, so dass sie das Land nicht destabilisieren. Vielmehr sollten sie einen Anreiz haben, aus der Stabilität des Landes nutzen zu ziehen, so dass die Region weiter stabilisiert werden kann und sich besser entwickelt. Die Nationen sollten sich in einem multilateralen Abkommen dazu verpflichten. Dazu sollte die Westafrikanische Union mit neuen Impulsen erfüllt werden.

Die UN und die Nachbarländer sollten einen Weg finden, die Demokratisierung unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Traditionen ohne Rückfall in tribalistische Kleinstaaterei voranzutreiben.

Die EU und die USA sollten sich verpflichten gemeinsam, als Partner die Elfenbeinküste und die Region zu stabilisieren und die afrikanischen Kooperationen zu fördern. Vor allem Frankreich als Akteur mit dem größten Interesse sollte dazu gewonnen werden, in der Region viel zu investieren, damit die Region stabilisiert wird. Dabei sollte sich Frankreich, aber auch die anderen Mächte dazu verpflichten mit den Leuten vor Ort zu kooperieren und nachhaltig die Situation zu verbessern. Es müssen vor allem Projekte durchgeführt werden, die den Leuten vor Ort die Lebensqualität und den Lebensstandard erhöhen. Durch ein aus gebautes Schul- und Gesundheitswesen, dass von den Leuten selber getragen werden kann, kann man so etwas erreichen. Das know-how sollte weit gehend von den Leuten selbst gestellt werden. Es darf nicht sein, dass man Fachkräfte aus dem Ausland „importiert“ und so die Bevölkerung abhängig macht. Die Logistik des Landes sollte dezentralisiert werden, so dass die Abhängigkeit des Nordens vom Süden und umgekehrt, aufgehoben wird und man schneller auf Probleme reagieren kann.

Fazit:

Wie man nun feststellen kann, ist der Ethnozentrismus eine Gefahr für die Stabilität von Staaten. Wenn er dazu genutzt wird, dass man Ethnien im Staat ausgrenzt und auf Kosten dieser eine Politik betreibt die die eine Ethnie bevorzugt so entstehen im Inneren des Staates Spannungen. Diese innenpolitischen Konflikte suchen sich ein Ventil. Wie schon im Schaubild und Eingangs dargelegt würde in einem Staat wo es Ethnien gibt die nicht an der Macht beteiligt sind, gegen den Staat irgendwann aufbegehren. Dies tut die benachteiligte Ethnie um eine Chance zu haben, selbst an der Verteilung der Staatsmittel mit eine Chance haben zu können. In Demokratischen Staaten, hat jede Gruppierung eine Chance und durch den Wechsel der Macht, kann sich auch jeder Seite sicher sein, dass man einen gewissen Einfluss hat und eben nicht ausgegrenzt wird. Wenn man den Staat zentralisiert hat und alle Mittel in einer Hand vereinigt hat, so ist die zentrale Frage wer hat die absolute Macht. Die Maxime ist ganz oder gar nicht. Dieses schürt wie dargelegt neue Konflikte und der Ethnozentrismus liefert als Mittel der Rekrutierung der Parteien so ein gutes Mittel. Gerade wenn man auf Ressentiments aufbauen kann und alte und neue Vorurteile auch durch die ungerechte Verteilung der Mittel im Staat, schaffen so soziale Konflikte die dann für die Parteien nur noch mit Gewalt zu lösen sind. Es bleibt festzustellen, dass der Ethnozentrismus nicht alleine der Ursprung von Konflikten ist. Jedoch verschärft er vorhandene Konflikte und dient als Katalysator. Dies muss bei einer Lösung von Konflikten berücksichtigt werden.

Literaturverzeichnis:

Abbink, Jan: Schwer zu fassen in: Zeitschrift für Kultur-Austausch 2/2001

http://www.ifa.de/zfk/themen/01_2_krisen/dabbink.htm 13.09.05

http://www.hiik.de/de/barometer1998/afrika_1998.htm 12.09.05

Amnesty International: Jahresbericht 2005 Afrika.

<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/c1070c04ee5add56c12567df002695>

be/388d2f43db4dd358c125700b004ff625?OpenDocument 12.09.05

Auswärtiges Amt: Konfliktbewältigung in Afrika Stand Februar 2004

http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/regionalkonzepte/afrika/konfliktbewaelt_html 12.09.05

Bley, F.: Die Weltausstellung des Deutschtums. München 1897. zit. nach Fricke, D.(Hg.): Dokumente zur deutschen Geschichte 1897/98 - 1904. Frankfurt/M.1977, S.22

Burmeister: Hat die Wehrpflicht eine Zukunft?, hrsg. Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages

Büsch, Kristian: Perikles und die attische Demokratie

<http://www.wenjuckts.de/archaeologie/archaeology/pericles.htm>

Calic, Marie-Janine: Südosteuropa – Vom Sukzessionskrieg zur Stabilität, in: Internationale Politik im 21. Jahrhundert S. 403-416

COULIBALY, TIEMOKO : Elfenbeinküste: Warten auf die Zivilgesellschaft

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Elfenbeinkueste/hintergrund.html>

Coulibaly, Tiemoko: Bürgerkrieg im Namen der Ivoirité in: TAZ 15.11.2002 / Monde

CIA Worldfaktbook <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/index.html>

12.09.05

Dammann, Ernst: Afrika südlich der Sahara, Die politische Rolle des Islams in der Gegenwart, in: Der Islam in der Gegenwart, Hrsg. Werner Ende, Udo Steinbach, ³München 1984

Der Wasser-Fall, Umwelt, natürliche Ressourcen und Gewaltkonflikte in: ak - analyse

+ kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 490 / 17.12.2004

Deutsche Welle: Afrika braucht mehr Investitionen: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1619317,00.html>

Deutsche Welle 9.3.2005: Irans Interessen auf dem Balkan
<http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1512048,00.html> 12.09.05

DGB (Hrsg.) : einblick 06/03, 31.03.2003 Gegen den Irak-Krieg: Proteste der Gewerkschaften in Europa
<http://www.einblick.dgb.de/archiv/0306/tx030602.htm> 12.09.05

Endres, Jürgen/ Franke, Jens Peter: Das Kriegsgeschehen 1996/97 in: Afrikanische Perspektiven, Friedensbericht 1998 Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa , (hsg.) Österreichisches Zentrum für Frieden und Konfliktlösung, Stadtschleining und Schweizer Friedensstiftung, Chur/Zürich 1998 S.79-106

Erdmann, Gero: Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall – strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika in: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert (Hrsg.), Demokratie und Staatlichkeit, Systemwechsel zwischen Staatlichkeit und Staatskollaps, Opladen 2003 S.267-292

Erdmann, Gero: Menschenrechte S.193-195 in: Hofmeier & Mehler (Hsg.), Kleines Afrika Lexikon Politik-Wirtschaft-Kultur; München 2004

Engel, Ulf; Mehler, Andreas: Lücke schließen: Der Beitrag der Politikwissenschaft zur Analyse und Früherkennung gewaltsamer Konflikte in Afrika, (Hrsg.), Ders.: Gewaltsame Konflikte und ihre Prävention in Afrika S. 135-170

Freedom House:
http://www.freedomhouse.org/pdf_docs/research/freeworld/2004/map2004.pdf
12.09.05

Glaut, Erwera: Das Weltsystem und der Ethnozentrismus
<http://or-om.org/IPH.htm> 13.09.05

Globaldefence.net

Hippler, Jochen: Gewaltsame Konflikte, Ethnizität, und Möglichkeiten von Solidarität und Hilfe

http://www.jochen-hippler.de/Aufsätze/Ethnizität_und_Humanitäre_Hilfe/ethnizität_und_humanitäre_hilfe.html

Holz-Bacha, Christina: What is „good“ press freedom? - The difficulty of measuring freedom of press worldwide, Mainz 2004

<http://www.pucrs.br/famecos/iamcr/textos/bacha.pdf>

Hummer, Waldemar: Balkan Konflikt in: Woyke, Wichert (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, Bonn 2002

Huntington, Samuel: Kampf der Kulturen, München TB 1998, S.196

Jakobeit, Cord : Die postkoloniale (Fehl-)Entwicklung Afrikas – Grundlagenpapier

http://www.h-quandt-stiftung.de/root/index.php?page_id=678&cms_printversion=true&language=de

Johnson , Dominic : Ein Stück Frieden für Afrika in: TAZ 16.11.2004 S.5

http://www.kongo-kinshasa.de/taz/taz2004/taz_041116.php 12.09.05

Lanier, Günther: Exklusion als Leitmotiv ivoirischer Politik: Hintergründe, Wurzeln, Parallelen http://www.univie.ac.at/ecco/stichproben/Nr5_Lanier.pdf

Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes : 1890 – 1939 Wiesbaden 1954

Kühne, Winric: Kriege und Konflikte in: Informationen zur politischen Bildung (Heft 264)

Lailach, Martin: Die Wahrnehmung des Weltfriedens und der internationalen

Sicherheit als Aufgabe des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, Berlin 1998

Lammers, Christiane: Das Programm „Kultur des Friedens“ in: Informationsstelle
Wissenschaft & Frieden Dossier Nr. 21 Zivil handlungsfähig? – Beiträge zur
»Culture of Peace«. 50 Jahre UNESCO

<http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-95/9541404m.htm> 13.09.05

Lühr, Henken: EU: Weichenstellung zur Supermacht? Sicherheitsstrategie –
Verfassung – „Battlegroups“ IMI-Analyse 2004/035,

Moser, Beat: Ethnischer Konflikt und Grenzkriege- Ursachen innen und
außenpolitischer Konflikte in Afrika, Zürich 1983

Müller, Harald: Der Mythos vom Kampf der Kulturen
Eine Kritik an Huntingtons kulturalistischer Globaltheorie

[http://www.hamburger-
bildungserver.de/welcome.phtml?unten=/ethno/global/hunting-100.html](http://www.hamburger-bildungserver.de/welcome.phtml?unten=/ethno/global/hunting-100.html) 12.09.05

Müller, Verena: Liberia http://www.dias-online.org/pdf/LStudien/Liberia_2004.pdf

Münkler., Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek 2002

Netzwerk Afrika: Aktuelle Ereignisse in der Elfenbeinküste

[http://www.netzwerk-afrika-
deutschland.de/laender/elfenbeinkueste/info/index.shtml](http://www.netzwerk-afrika-deutschland.de/laender/elfenbeinkueste/info/index.shtml)

Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem, Opladen 2004

Rühl, Lothar : Die Bundeswehr-Reform aus bündnispolitischer Sicht, aus: Politik und
Zeitgeschichte (B 43/2000)

[http://www.bpb.de/publikationen/ULWMCJ,0,0,Die_Bundes
wehrReform_aus_b%FCndnispolitischer_Sicht.html](http://www.bpb.de/publikationen/ULWMCJ,0,0,Die_BundeswehrReform_aus_b%FCndnispolitischer_Sicht.html)

Schily, Otto: Wir müssen die Probleme Afrikas in Afrika lösen

http://www.bundestag.de/bic/hib/2004/2004_297/03.html 12.09.2005

Scheen, Thomas: Krise in der Elfenbeinküste – Gefährdung für die Zukunft
Westafrikas?

[file:///H:/AFRIKA/QUERSCHNITT&DIVERSES...EFERAT/SONDERBERICHT
E/CI_KB_10_02.html](file:///H:/AFRIKA/QUERSCHNITT&DIVERSES...EFERAT/SONDERBERICHT
E/CI_KB_10_02.html)

Ders.: Schwere Kämpfe in der Elfenbeinküste FAZ.net 8.11.2004

[http://www.faz.net/s/Rub28FC768942F34C5B8297CC6E16FFC8B4/Doc~EC
80680E22A2E49CBB4606EF738908CEE~ATpl~Ecommon~Scontent.html](http://www.faz.net/s/Rub28FC768942F34C5B8297CC6E16FFC8B4/Doc~EC
80680E22A2E49CBB4606EF738908CEE~ATpl~Ecommon~Scontent.html)
26.01.2005

Scherrer, Christian P.: Ethno-Nationalismus im Weltsystem, Prävention,
Konfliktbearbeitung und die Rolle der Internationalen Gesellschaft, Münster 1996

Schwender, Richard A.: Moralische Landkarten in: Samuel P. Huntington &
Lawrence E. Harrison (Hrsg.), Streit um Werte, München 2004 S.237-270

Smieg, Eva: Krisenprävention durch Entwicklungszusammenarbeit? Instrumente der
deutschen Entwicklungspolitik und der Bedeutung einer strengeren
Rüstungsexportpolitik, in: Engel, Ulf & Mehler Andreas (Hrsg.): Gewaltsame
Konflikte und ihre Prävention in Afrika, Hamburg 1998, S.61-76

Somerville, Keith: Auf der Suche nach sicherem Öl blicken die USA nach Afrika aus
Artikel 6: Zeit-Fragen Nr. 39 vom 23. 9. 2002

SPIEGEL ONLINE - 07. November 2004, 13:27 Frankreich zerstört Luftwaffe der
Elfenbeinküste

URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,326837,00.html>

24.01.05

SPIEGEL ONLINE: JAHRBUCH-DOSSIER Militär, Kriege und Konflikte

<http://www.spiegel.de/dossiers/jahrbuch/0,1518,285879,00.html> 12.09.05

taz Nr. 7579 vom 1.2.2005,

Tharoor, Shashi: Eine kleine Geschichte Indiens, Frankfurt am Main & Leipzig 2005

Torry, Sir Peter: »Großbritannien und die Bundesrepublik heute«. Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2004

http://www.ofg.uos.de/ofg_2004/PeterTorry20041003.pdf

Wehler, H.-U.: Bismarck und der Imperialismus. Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin, 1969

Wieczorek-Zeul, Heidemarie: Die afrikanische Herausforderung
Eckpunkte einer strategischen Afrikapolitik in: E+Z - Entwicklung und
Zusammenarbeit (Nr. 5, Mai 2001, S. 158 – 164)

Yan, Dai: Die USA werfen ein gieriges Auge auf Westafrikas Erdöl

<http://www.bjrundschau.com/World/2003.01-world-1.htm> 15.12.05

Zangel, Bernhard: Humanitäre Intervention, in: Ferdowsi Mir A. (Hrsg.):
Internationale Politik im 21. Jahrhundert, München 2002

Zangel, Bernhard/ Zürn, Michael: Frieden und Krieg, Frankfurt am Main 2003